



Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 7
3. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreislifte Seite 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgräber Str. 94, Fernsprech-Anschluß: Amt Lühnow 3249. — Bezugspreis vierteljährlich Mk. 6.— ohne Bestellung usw. Preis der Einzelnummer Mk. 2.— einschließlich ortsüblichen Teuerungszuschlages.

Berlin
1. April 1922

Eine Volksvertretung für das Saargebiet.

Von Werner Pardoll.

Seitdem das Saargebiet durch Einsetzung der Völkerbundskommission für die Verwaltung dieses Gebietes zeitlich verwaltungstechnisch vom übrigen Deutschland abgetrennt ist, befindet sich dieses Gebiet ohne Volksvertretung. Dieser Zustand ist um so widersinniger, als das Land vorübergehend direkt dem Völkerbund untersteht, der zurzeit höchsten Völkerinstanz, die sich auf die wahre Völkerdemokratie, d. h. auf die Forderung aufbauen will, daß kein Volk und kein Volksteil ohne seinen Willen und ohne Mitbestimmungsrecht einer fremden Staatsgewalt unterstellt wird.

Die Verwaltung des Saargebiets müßte folgerichtig danach die freieste von allen Ländern der Erde sein, sie müßte hinsichtlich der Verwaltung eines Landes das Beispiel abgeben für sämtliche Staatswesen der Welt. Im Saargebiet müßte sich die Idee der Völkerdemokratie offenbaren. Ein im demokratischen Geist regiertes Land verlangt die Mitbestimmung des Volkes an der Regierung, an der Verwaltung im weitesten Sinne, die Ausschaltung jeglicher Autokratie.

Wie steht's nun damit im Saargebiet? Um diese Frage richtig beantworten zu können, ist es nötig, sich klar zu machen, welches der Zweck und die Aufgaben des Völkerbundes allgemein sind und welche besonderen Gründe und Absichten maßgebend waren, das Saargebiet dem Völkerbund unmittelbar zu unterstellen.

Als oberster Grundsatz für die Schaffung des Völkerbundes wurde aufgestellt, die „Zusammenarbeit der Nationen zu fördern und Frieden und Sicherheit zwischen ihnen zu gewährleisten.“ Um die Verwirklichung dieses Grundsatzes zu erreichen, wurden als leitende Richtlinien festgelegt, „in aller Deffentlichkeit auf Gerechtigkeit und Ehre beruhende Beziehungen zwischen den Völkern zu pflegen“, die „Vorschriften des Völkerbundes genau zu beobachten“ und „die Gerechtigkeit herrschen zu lassen und alle vertragsmäßigen Verpflichtungen in den gegenseitigen Beziehungen der organisierten Völker gewissenhaft zu beachten.“

Von diesen Leitsätzen ausgehend sind die Saarbedenbestimmungen des Versailler Diktats zu betrachten und insbesondere zu beachten, was diese Bestimmungen über die Verwaltung des Saargebiets in ihren Beziehungen zu der Bevölkerung des Landes sagen. Erstes Gebot für die Verwaltung des Saargebiets ist nach den Versailler Bestimmungen „Sicherung der Rechte und des Wohls der Bevölkerung“

(Artikel 46) „unter Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung“ (Artikel 47).

Die Frage der Volksvertretung ist in diesen Bestimmungen nicht offen gelassen, vielmehr ist darüber in § 19 des Kapitels 2 der Anlage zu Artikel 50 gesagt, „die Regierungskommission hat alle Regierungsgewalt, die früher dem Deutschen Reich usw. zustand, mit Einschluß des Rechts, diejenigen Organe der Verwaltung und Vertretung zu schaffen, die sie für notwendig hält.“ In § 23 des gleichen Kapitels ist bestimmt, daß „die Gesetze und Verordnungen, die im Saarbedengebiet am 11. November 1918 in Kraft waren, in Kraft bleiben“, Änderungen dürfen nur erfolgen, „um diese Gesetze und Verordnungen mit den Bestimmungen des vorliegenden Vertrages in Einklang zu bringen.“ Obwohl nach diesen Bestimmungen die Mitbestimmung der Bevölkerung an der Verwaltung des Landes als selbstverständlich gelten muß (die in Kraft gebliebenen Gesetze und Verordnungen sehen die Mitbestimmung des Volkes nicht nur in den örtlichen, sondern auch in den Staats- und Reichsverwaltungen — Parlamenten — vor), so legen die Saarbedenbestimmungen das Mitbestimmungsrecht der Bevölkerung ausdrücklich noch besonders fest bei Gesetzesänderungen, bei Steuerfragen und nicht zuletzt bei Fragen der Schule, der Sprache, der Versammlungs- und Religionsfreiheit. Als selbstverständliche Einschränkung für das Wahlrecht der Saarbevölkerung wird hervorgehoben, daß „nur zu den örtlichen“, d. h. zu den auf das Saargebiet beschränkten Vertretungen und nicht, wie bei der weiteren Zugehörigkeit des Saargebiets zu Deutschland angenommen werden könnte, zu den Parlamenten der Länder und des Reiches gewählt werden darf.

Ein Zweifel darüber, daß das Diktat von Versailles in den Saarbedenbestimmungen die Schaffung einer Volksvertretung für das Saargebiet von vornherein vorsah, kann gar nicht aufkommen, wenn man nicht den erwähnten § 19 und die Leitsätze der Völkerbundsakte einfach ignorieren will. Die Bevölkerung des Saargebiets hat ein verbrieftes Recht darauf, daß ihre Rechte nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen respektiert werden; eines ihrer Hauptrechte ist das Mitbestimmungsrecht bei der Verwaltung des Landes.

Auf dieses Recht pocht sie seit ihrer vorübergehenden verwaltungstechnischen Abtrennung vom deutschen Vaterland die Schaffung einer Volksvertretung. Die Regierungskommission des Saargebiets aber hat dieses Verlangen bisher entweder glatt abgelehnt oder sich taub gestellt. Dieses Verhalten der vom Völkerbund ernannten Verwaltungskommission ist mit den Forderungen und Grund-

sagen weder der Völkerbundsakte noch der Saarbedenbestimmungen vereinbar und nur erklärlich durch die starken französischen Einflüsse auf die Entscheidungen dieses Treuhänder-Kollegiums. Solange die Saarfrage mit all ihren dunklen Erscheinungen im wesentlichen auf das Saargebiet beschränkt blieb, d. h. solange die große deutsche und ausländische Öffentlichkeit an den Vorgängen im Saargebiet teils aus Unkenntnis, teils aus Interesselosigkeit achtlos vorüberging, glaubte die Saarregierung die berechtigten Forderungen der Saarbevölkerung mit Stillschweigen übergehen zu können. Seitdem dann die Saarbevölkerung ihr Recht in Genf beim Völkerbund selbst suchte, versuchte die Saarregierung diesen Forderungen mit einseitigen Darstellungen und willkürlichen Auslegungen beim Völkerbund zu begegnen. Nachdem aber die größere Öffentlichkeit auch des Auslandes sich in immer ausgeprägterem Maße mit der Saarfrage, d. h. mit der Rechtslage unter Berücksichtigung der inzwischen geschaffenen rechtswidrigen Verhältnisse beschäftigt, sieht die Völkerbunds-Kommission des Saargebietes sich veranlaßt, der Frage der Volksvertretung im Saargebiet größere Beachtung zu schenken.

Eines steht für die Saarregierung heutiger Zusammenfassung fest: eine Volksvertretung in demokratischem Sinne darf sie nicht zubilligen, da dies den französischen Zielen im Saargebiet abträglich sein könnte. Auf der andern Seite erkennt sie an, daß die Forderungen der Saarbedenbestimmungen auf Schaffung einer Volksvertretung berechtigt sind und nicht länger mehr mißachtet werden dürfen. Sie versuchte, ihrer Verpflichtung zunächst damit nachzukommen, daß sie das „saarländische“ Mitglied der Saarregierung, Dr. Hector, (dem man nicht ohne Grund nachsagt, französischer Beeinflussung in weitestem Maße unterworfen zu sein), vorschickte, um mit den Vertretern der politischen Parteien diese Frage „inoffiziell“ zu besprechen. Er versuchte äußerst ungeschickt, als „selbstverständlich“ hinzustellen, daß ein „Saarparlament“ bestimmungsmäßig nicht vorgesehen sei, er würde aber bemüht sein, dennoch ein solches „konsultativer“, d. h. beratender Art bei den übrigen Regierungsmitgliedern durchzusetzen. Doktor Hector und mit ihm das übrige Regierungskollegium hat außer Betracht gelassen, daß die Saarbevölkerung die Versailler Bestimmungen mindestens ebenso gut kennt, wie die Verwaltungsherren. Die Vertreter der Bevölkerung lehnten daher diesen Vorschlag einstimmig ab und verlangten eine wirkliche Volksvertretung nach demokratischen Gesichtspunkten.

Der Präsident der Saarregierung entschloß sich daher angesichts der berechtigten Forderungen der Bevölkerung, Rat beim Völkerbund zu holen, und zwar versuchte er gemeinsam mit drei anderen Regierungskollegen und seinem französischen Generalsekretär in Genf für seinen Plan Stimmung zu machen. Präsident Rault hat eine „Volksvertretung“ im Auge, die zur Hälfte von der Regierung ernannt, zur andern Hälfte von der Bevölkerung gewählt wird, jedoch nicht beschließende, sondern nur beratende Befugnisse haben soll. Aus der Presse erfuhr man, daß das Völkerbundssekretariat dem Plane des Herrn Rault beigetreten sei; wie weit das zutrifft, ist vorerst nicht nachprüfbar. Bezeichnend ist immerhin, daß Herr Rault in unmittelbarem Anschluß an seine Genfer Reise sich nach Paris begab. Es ist durchaus begreiflich, wenn im Saargebiet angenommen wird, daß diese Reise mit der Frage der saarländischen Volksvertretung in Zusammenhang steht, um so mehr, als Herr Rault zwar persönlich als Vertreter französischer Demokratie und überzeugter Anhänger des Völkerbundgedankens den Wünschen der Saarbevölkerung in gewissem Umfange nachkommen möchte, in seinen Entschlüssen aber abhängig ist von Paris.

Niemand könnte ihm übrigens seine Reise nach Paris verübeln, wenn er konsequenter Weise auch jeweils die Meinungen in Berlin anhören und unparteiisch beurteilen würde. Eine solche Fühlungnahme mit der französischen und deutschen Regierung ist sogar ausdrücklich in § 33 des Kapitels 2 der Anlage zu Artikel 50 vorgesehen, der besagt, daß „bei verschiedener Auslegung der Bestimmungen durch Frankreich und Deutschland die Regierungskommission mit

Stimmenmehrheit entscheidet.“ Diese Vorschrift ist von der Regierungskommission bisher nicht beachtet worden; denn sie hat niemals versucht, mit der deutschen Regierung Fühlung zu nehmen, sie hat vielmehr deutsche Einwände über Entscheidungen und Maßnahmen der Saarregierung als „unbefugte Einmischung“ betrachtet.

Die Bevölkerung des Saargebiets hat durch ihren interfraktionellen Verständigungsausschuß, der alle politischen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten umfaßt, erst jüngst erneut die Forderung auf Schaffung einer Volksvertretung mit vollem Mitbestimmungsrecht und Immunität der Abgeordneten erhoben und dabei an den Geist der vom Völkerbund besonders betonten Demokratie appelliert. Wollte der Völkerbund an dieser Forderung achtlos vorübergehen oder ihr nur unvollkommen Rechnung tragen, dann würde er seine eigenen Aufgaben verleugnen, den Geist der Demokratie verneinen, „die auf Gerechtigkeit und Ehre beruhenden Beziehungen zwischen den Völkern“ stören, Frieden und Sicherheit zwischen ihnen gefährden, die „Gerechtigkeit der organisierten Völker“ mit Füßen treten.

Politische Freiheit und Mitbestimmungsrecht sind die erste Voraussetzung für wahre Demokratie, die Schaffung einer Volksvertretung erste Forderung für eine demokratische Verwaltung des dem Völkerbund unterstellten Saargebiets!

Wie die „Böf. Ztg.“ aus Paris meldet, hat der Völkerbundsrat den Vorschlag der Regierungskommission des Saargebiets für die im Friedensvertrag vorgesehene Vertretung der Saarbevölkerung genehmigt. Der Vorschlag sehe danach einen Rat mit konsultativen Befugnissen und einen sogenannten Studienauschuß vor. Der Rat werde aus dreißig Mitgliedern, die mehr als 25 Jahre alt sein müssen, bestehen, und er werde nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht gewählt. Wahlberechtigt seien nureingeborene Bewohner des Saargebiets. Der Rat müsse von der Regierungskommission vor der Aenderung von Gesetzen und vor der Einführung neuer Steuern, mit Ausnahme der Zölle, „befragt“ werden. Der Studienauschuß werde aus einer kleinen Zahl von Saarbewohnern, die im Hinblick auf ihre besondere Kompetenz von der Regierung ernannt werden, bestehen und „nach Bedarf“ von der Regierung befragt werden.

Der Völkerbundsrat hat die Regierungskommission davon in Kenntnis gesetzt, daß ihre Befugnisse zur Wahrung der Kontinuität ihrer Verwaltung noch zweimal, also bis Anfang 1925, erneuert werden.

Frauenklage von der Saar.

Die Heimat ist uns eng
Blind ist das Wehrgehang
Laut ist es auf den Gassen
Von Stimmen, die wir hassen
Lieb Vaterland!

Wir sind des Feindes Knecht
Verborgen ist das Recht,
Verstummt ist Lied und Lachen
Vor offenen Unglücks Rachen
Lieb Vaterland!

Doch unsrer Kinder Kräfte
All ihre Lebensäfte
Die wollen wir beschützen,
Daß sie dir einstens nützen
Lieb Vaterland!

Saargebiet.

Genoveja.

Die Bevölkerung fordert eine Volksvertretung.

Die Ereignisse der letzten Wochen im Saargebiet haben erneut gezeigt, daß zwischen Saarregierung und Saargebietsbevölkerung eine Kluft besteht, die nicht überbrückt werden kann, so lange die Völkerbundscommission die Grundbegriffe der Demokratie in herausfordernder Weise mißachtet. Es ist richtig, daß die Saarbedenbestimmungen zum größeren Teil unklar und zweideutig gefaßt wurden, es ist ebenso klar, daß dies von französischer Seite in bewußter Absicht geschah und es ist gleichfalls unbestritten, daß aus dieser Unklarheit und Zweideutigkeit Frankreich Nutzen zu ziehen sucht und auch bereits gezogen hat.

Eins aber ist selbst nach den unklaren Saarbedenbestimmungen feststehend: „Die Regierung des Saarbedens ist einem den Völkerbund vertretenden Ausschuh übertragen“. Frankreich soll und darf auf die Verwaltung des Saargebietes keinerlei Einfluß haben. An dieser feststehenden Tatsache aber scheitert der Völkerbundsgebanke; denn der Völkerbund will die Idee der Völkerdemokratie vertreten, die Gewaltziele einzelner Staaten und Mächte verhindern. Mit dieser hohen Idee vergleiche man die Verhältnisse im Saargebiet, vergleiche sie mit den Vorgängen, wie sie sich in der Parlamentsfrage ergeben haben. Eine dem Friedensvertrag entsprechende Vertretung der saarländischen Bevölkerung besteht zurzeit nicht, weil die Saarregierung auf Geheiß Frankreichs sie nicht zuläßt. Die Kreistage und die Stadtverordnetenversammlung Saarbrücken, die bis jetzt bekanntlich „gehört“ wurden, sind für andere — engere — Interessen gewählte Vertretungen.

Der interfraktionelle Verständigungsausschuh hatte für den 18. März die gewählten Vertreter der Saarbevölkerung zu einer Aussprache über wichtige politische Tagesfragen nach Saarbrücken eingeladen. Die Abgeordneten hatten der Einladung sehr zahlreiche Folge geleistet. Die Frage des Rechts der Saarbevölkerung auf eine Volksvertretung behandelte der Gewerkschaftsführer und Stadtv. D. Pica (Dem.). Er wies darauf hin, daß zwar der Vertrag von Versailles der Saarbevölkerung das Recht und die Möglichkeit genommen habe, zum deutschen Reichstag und zum preussischen bzw. bayerischen Landtag zu wählen, daß damit aber keineswegs das Recht zur Wahl zu einer Volksvertretung innerhalb des Saargebietes beschnitten wurde. Die Regierungskommission hat sich aber in ihrer bisherigen zweijährigen Tätigkeit gegen eine solche örtliche Bundesvertretung gewehrt. Der Behauptung gewisser interessierter Kreise, der Friedensvertrag sehe kein Saarparlament vor, ist entgegenzuhalten, daß er ein solches Parlament auch nicht verbiete. (Die erste Behauptung ist falsch, da § 19 des Kapitels 2 der Anlage zu Artikel 50 ausdrücklich von der Schaffung einer Vertretung spricht. D. S.)

Abgesehen von diesen klaren Bestimmungen des Friedensvertrages, den die Regierungskommission in ihrer Proklamation vom 26. Februar 1920 versprach, auch dem Geiste nach zu erfüllen, steht der Bevölkerung des Sargebietes ein heiliges, unentziehbares, moralisches Recht auf Schaffung eines Saarparlamentes zu. Ist es denn nicht ein blutiger Hohn auf jede Demokratie, auf Mitbestimmung, wenn im Herzen Europas, eingezwängt zwischen die großen Demokratien des Ostens, Frankreichs und des Westens, Deutschland, 700 000 Menschen nach zaristischen Methoden regiert werden. Wohl geht in den letzten Wochen ein Flüstern und Raunen durch das Saargebiet: „Wir bekommen es doch“. Regierungskommissare (alias Minister) empfangen die Parteiführer, erläutern ihnen allerhand undiskutable Pläne, angeblich ohne daß der Chef der Regierungskommission etwas von diesem geheimnisvollen Gebaren weiß. In der Presse las man von Verhandlungen der Regierungskommission mit dem Generalsekretariat des Völkerbundes in Genf mit Gefühl eines Leibes eigenen, der auf dem Markte merkt, daß zwischen zwei Käusern über ihn verhandelt wird.

Die Bevölkerung des Saargebietes hat genug dieses graulichen Spiels, sie will Klarheit. Die Bevölkerung will wissen, wann ihre Vertretung kommt, besonders, welche Rechte ihr gegeben werden, denn dieses ist die Hauptsache. An Diskutierclubs haben wir auch im Saargebiet keinen Mangel, wir brauchen keinen neuen. Wohl aber eine Volksvertretung mit voller Mitbestimmung.

Wir haben zum Völkerbund, trotz vieler Enttäuschungen, immer noch das Vertrauen, daß er diesem berechtigten Verlangen der Saarbevölkerung Rechnung trägt.

Im Anschluß an die allseitig mit Beifall aufgenommenen Ausführungen Pica's wurde einstimmig folgende Entscheidung angenommen:

Getragen von dem Gefühl der Verantwortung gegenüber der Bevölkerung der Saargebietes, bereit, in loyaler Weise auf dem Boden der politischen Gleichberechtigung und Mitbestimmung gemeinsam mit der Regierungskommission an der

politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Saargebietes mitzuarbeiten, erklären die den unterzeichneten politischen Parteien angehörenden Vertreter der Kreis- und Bezirkstage des Saargebietes, des Stadtrates von Saarbrücken sowie die Parteivorstände, daß die praktische Voraussetzung zu einer erfolgreichen und alle Kreise befriedigenden Zusammenarbeit zwischen Regierungskommission und Bevölkerung in der Schaffung einer Volksvertretung für die Saarbevölkerung liegt.

Die Parteien fordern deshalb die Regierungskommission auf, nach baldmöglichst zu erfolgnder Aussprache mit den Führern der politischen Parteien umgehend an die Errichtung einer Volksvertretung heranzugehen.

Die politischen Parteien und Vertreter wünschen, daß diese Volksvertretung gewählt wird nach gleichem und geheimem Wahlrecht, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl und dem System der gebundenen Listen. Wahlberechtigt muß sein jeder über 20 Jahre alte, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzende Bewohner des Saargebietes ohne Unterschied des Geschlechtes. Wählbar sind dieselben Personen, sofern sie das 25. Lebensjahr erreicht haben.

Die Parteien fordern für die Volksvertretung volles Mitbestimmungsrecht und Immunität der Abgeordneten. Die Bedenken, die vielleicht dadurch entstehen, daß die Regierungskommission nur dem Völkerbunde verantwortlich sei, können dadurch behoben werden, daß bei eventuellen Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierungskommission und Parlament der Völkerbund nach Anhörung der beiden Teile eine Prüfung der Angelegenheit vornimmt und die letzte Entscheidung trifft.

Die politischen Parteien und Vertreter der Bevölkerung stützen ihre Forderung nicht auf die §§ 19, 26 und 30 des Kapitels 1 der Anlage der Bestimmung des Friedensvertrages über das Saargebiet, sondern appellieren an den Geist der vom Völkerbund besonders betonten Demokratie, welche eine politisch und geistig hochstehende Bevölkerung von über 700 000 Menschen nicht der politischen Freiheit und des Mitbestimmungsrechtes berauben wird.

Die heutige Konferenz der unterzeichneten Parteien ersucht alle freiheitlich denkenden Bewohner des Saargebietes, an der Erreichung des Zieles, Schaffung einer Volksvertretung, tatkräftig und opferwillig mitzuarbeiten.

Deutsche Demokratische Partei. Deutschnationale Volkspartei (christlich-sozial Gruppe). Liberale Volkspartei. Sozialdemokratische Partei. Zentrumsparlei.

Außerdem wurde beschlossen, daß bis zur Schaffung einer Volksvertretung weder die Kreistage noch die Stadtverordnetenversammlung die Gesetzentwürfe der Regierungskommission begutachten sollen.

Schon vorher hatten die einzelnen Kreis- und Bezirkstage sowie die Stadtverordnetenversammlung von Saarbrücken rückhaltlos gegen den jetzigen Zustand der Mißachtung der Meinung der Kreis- und Gemeindevertretungen protestiert und kategorisch die Schaffung einer Volksvertretung nach demokratischen Gesichtspunkten gefordert.

Anfang März befand sich Präsident Raut mit Herrn Moltke, Waugh, Hector und den Regierungsbeamten Morize und Deslaur in Genf, um mit den Herren des Völkerbundssekretariats in der Frage des Saarparlamentes Rücksprache zu halten. Nach der Frankfurter Zeitung ist diese Besprechung über einen Austausch allgemeiner Ideen noch nicht hinausgegangen. Es ergibt sich jedoch nach Eindrücken des genannten Blattes, wie übrigens zu befürchten war, daß die Einführung einer wirklichen Volksvertretung in jedem Falle ausgeschlossen ist, weil Frankreich an der Bestimmung des Versailler Vertrages festhält, die jede allgemeine Abstimmung im Saargebiet bis zu der Volksabstimmung im Jahre 1935 verbietet.

Gegen diese Verquickung der Wahl einer Volksvertretung mit der Abstimmung ist — vorausgesetzt, daß die Interpretierung des Berichterstatters der „Frankf. Ztg.“ richtig ist — nur zu sagen, daß sie bei aller Pissigkeit nicht aus dem Versailler Vertrag herauskonstruiert werden kann. In Artikel 49 des Abschnitts über das Saarbeden in dem Vertrag und in § 34 der Anlage zu

diesem Abschnitt ist lediglich die Rede davon, daß nach 15 Jahren die Bevölkerung des Gebiets darüber abzustimmen hat, unter welcher Souveränität sie zu treten wünscht. Und dann ist an verschiedenen anderen Stellen der Anlage davon die Rede, daß die „gewählten Vertreter der Bevölkerung“ in bestimmten Fällen anzuhören sind. Stellt man sich vielleicht vor, daß solche Vertreter der Bevölkerung gewählt werden können, ohne daß die Bevölkerung wählt?? — fragt hier die „Saarbrücker Zeitung“. Letzteres Blatt hat übrigens über die Reise der Regierungsherren nach Genf in Paris eine andere Information erhalten. Danach soll Herr Kault in Genf weitgehende Vorschläge zu einer Demokratisierung der Saarregierung gemacht haben. Es handelt sich nach den Informationen des Blattes vor allen Dingen um eine engere Fühlungnahme der Regierung mit der Saarbevölkerung in Form einer Art von Parlament. In Völkerbundkreisen hat man Herrn Kault darauf hingewiesen, daß der Friedensvertrag bestimme, daß die Saarregierung dem Völkerbund verantwortlich ist und daß infolgedessen die Einführung eines parlamentarischen Systems mit Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber einem Parlament zu Kollisionen führen würde und unmöglich sei. Dagegen scheint die Basis gegeben zu sein, um eine Vertretung der Saarbevölkerung mit möglichst weitgehenden konsultativen Rechten zu schaffen. Diese Vertretung soll von der Bevölkerung voraussichtlich auf einer sehr breiten Wahlbasis — Frauenwahlrecht usw. — gewählt werden. Es soll sich vorläufig nicht um einen fest formulierten Vorschlag handeln, jedoch werde Herr Kault in diesen Tagen damit beschäftigt sein, die Hauptgedankengänge seiner Genfer Unterhaltungen schriftlich zu präzisieren.

Merkwürdig, daß man in Völkerbundkreisen Herrn Kault die gleichen Vorschläge gemacht hat, die einige Wochen vorher Herr Hector den Vertretern der politischen Parteien des Saarlandes als seine eigenen (!) Gedankengänge entwickelte. Sollte der Völkerbund sich etwa mit Federn des Herrn Hector schmücken?

Vielleicht ergibt sich die Lösung des Rätsels aus folgenden Auslassungen der Pariser Zeitung „Cahogramme“:

„Indessen dürfte die Absicht der französischen Regierung dahingehen, der neuen Versammlung in den Grenzen, die durch die Bestimmungen des Friedensvertrages gegeben sind, die größten Vollmachten zu verleihen. Die Initiative der französischen Regierung wurde im Saargebiet mit großer Begeisterung aufgenommen, wo am Samstag eine Versammlung, die die Vertreter aller politischen Parteien mit Ausnahme der radikalen Linken vereinigte, eine Entschließung faßte, die den Willen der Versammelten zum Ausdruck brachte, gemeinsam mit der Regierungskommission an der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Saarregion zu arbeiten. Die Vorbedingung für eine fruchtbare und alle befriedigende Zusammenarbeit ist die Schaffung eines Parlaments für das Saargebiet. Die Parteien laden die Regierungskommission ein, unverzüglich Vorbereitungen zu treffen zur Bildung dieses Parlaments, das in geheimer Wahl nach dem Verhältniswahlssystem gewählt werden soll.“

Also: Der Schwerpunkt der Entscheidung über das Saargebiet liegt nicht in Saarbrücken, auch nicht in Genf, sondern in Paris. Die ständigen Forderungen der Saarbevölkerung nach einer Volksvertretung drohten zu einem Skandal zu führen; denn die Saarbedenbestimmungen sehen die Schaffung einer Volksvertretung vor! Deshalb arbeitete die französische Regierung den Entwurf zu einem „Saarparlament“ aus des Inhalts: Die Hälfte der Abgeordneten wird von der Saarregierung nach sorgfältiger Auswahl ernannt, die andere Hälfte gewählt. Das „Parlament“ hat nur beratende, nicht beschließende Befugnis, es hat kein Mitbestimmungsrecht, die Saarregierung ist ihm nicht verantwortlich, sondern wie bisher nur der französischen Regierung. Ein Entwurf ging Herrn Kault zu „zur weiteren Veranlassung“ (unter Erinnerung daran, was das Vaterland von ihm fordert!), ein zweiter dem Völkerbundsekretariat, wo der französische Generalsekretär Bourgeois ohne Erinnerung an die Erwartungen des Vaterlandes weiß, was zu tun ist. Herr Kault übergab Herrn Hector den Hauptinhalt dieses französischen Entwurfs, damit er diese darin niedergelegten Gedanken als „eigene“, „produzierte“ und in geeigneter und „geschickter“ Weise den Regierten „beibringe“. Darauf fuhr man nach Genf, um die in Paris festgelegte „Basis zu einer Vertretung der Saarbevölkerung mit möglichst weitgehenden konsultativen Rechten“ zu „finden“.

Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie. Für solche „Berdienste um das Vaterland“ gibt es eben nur eine Anerkennung: „Großoffizier der Ehrenlegion!“ Aber Herr Hector, vergißt man ihn ganz? Die Saarbevölkerung wird ihn nicht vergessen, auch nach der Abstimmung nicht.

Mit der Reise des Herrn Kault nach Genf befaßt sich auch die in Genf erscheinende Völkerbunds-Korrespondenz, die u. a. schreibt: Dieser Schritt scheint im Saargebiet etwas weitgehende Erwartungen geweckt zu haben, die vielleicht durch die weitere Entwicklung der Angelegenheit eine empfindliche Enttäuschung erfahren werden. Jedenfalls sind die spärlichen Auskünfte, die wir bisher in Genf über den Besuch der Selbstherrscher des Saargebietes erlangen konnten, wenig geeignet, die Hoffnungen der Saarbevölkerung zu rechtfertigen. Herr Kault hat sich bisher, wie man weiß, in erster Linie als Vertreter der französischen Interessen im Saarland angesehen; die französische Regierung hält sich aber streng an den Wortlaut des Versailler Vertrags. Dieser Vertrag untersagt bis zur Vornahme der Volksabstimmung im Jahre 1935 jede „allgemeine Abstimmung“ (Davon steht im Versailler Diktat nichts geschrieben, D. S.). Damit sollte ursprünglich vielleicht nur verhindert werden, daß das Saargebiet an den Wahlen zum Reichstag und zum preussischen Landtag teilnehme; die französische Regierung hat jedoch die Bestimmung bisher dahin ausgelegt, daß auch eine Gesamt-Abstimmung der Bevölkerung im engen Rahmen des Saargebietes selbst unzulässig sei; sie stütze sich dabei auf eine andere Vertragsbestimmung, wonach die Bevölkerung nur ihre „lokalen Vertretungen“ behält. In Bezug auf die Befugnisse dieser örtlichen Vertretungskörperschaften verfügt der Vertrag weiterhin, daß sie von der Regierungskommission zur Abgabe eines Gutachtens einzuladen sind, so oft sich die Notwendigkeit erweist, die bestehenden landes- und reichsrechtlichen Bestimmungen zu ändern. Der Regierungskommission ist jedoch ausdrücklich das Recht vorbehalten, selbst das Verfahren zu bestimmen, nach dem dieses Gutachten einzuholen ist, und sie ist schließlich überhaupt nicht an das Gutachten gebunden, sondern entscheidet nach eigenem Gutdünken. Auf diese Vorschriften des Versailler Vertrags gestützt, scheint Herr Kault den Plan eines sogenannten Berufsparlaments ausgedacht zu haben, das sein unverbindliches Gutachten über die ihm unterbreiteten Fragen der Gesetzgebung abzugeben hat, dem jedoch keinerlei Initiative zur Geltendmachung der Wünsche der Bevölkerung zusteht; insbesondere würde diesem Scheinparlament keinerlei Recht zugestanden, eine Kontrolle über die Finanzverwaltung des Saargebietes auszuüben. Im übrigen wird die ganze Zweideutigkeit der Politik des Herrn Kault dadurch gekennzeichnet, daß sein Plan einer „Zusammenarbeit“ zwischen Regierungskommission und Saarbevölkerung keinerlei Rücksicht nimmt auf den Wunsch der Bevölkerung, wenigstens ihrer eigenen Vertreter in der Regierung selbst vorzuschlagen.

Bei alledem wäre nur eins dringend erwünscht: daß alle diese Dinge, die Verhöhnung der vertragsmäßig festgelegten Bestimmungen über das Saarbeden durch Frankreich in aller Welt bekannt würden, damit endlich einmal den französischen Annexionisten die Maske vom Gesicht gerissen und der ganze Schwindel, wie er im Saargebiet unter dem Deckmantel einer Völkerbundsregierung getrieben wird, offenbar wird.

Zou Deetschland.¹

Soulang en Stär² noch druaven stät,³
 soulang hei innen⁴ en Herz noch schlät,
 soulang de bloaen Floaah noch bliebt,⁵
 soulang en Motter ihr Kindchen wieht⁶
 soulang en Plou⁷ em Feld noch blintt,
 soulang en Vuggel⁸ baut und singt
 soulang de Soar⁹ durch us Dall¹⁰ noch läßt¹¹
 soulang en Siel¹² unn den Himmel gläht¹³
 soulang mir ääßen¹⁴ Hergotts Broub
 bis enn den Doud, bis enn den Doud
 soulang wellen wir zou Deetschland stoahn,
 soulang soll Deetschland nit ennergoahn.¹⁵

Ernst Thraßolt
 (in der „Saarbr. Landesztg.“).

¹ Zu Deutschland (Schlußgedicht aus „Behaal meech liew“, Gedicht in saar-moselfränkischer Mundart, die im Frühjahr im Verlag der Scholle, Berlin-Weißensee, herausgekommen), ² Stern, ³ droben steht, ⁴ hier unten, ⁵ der blaue Flachs noch blüht, ⁶ wiegt, ⁷ Pflug, ⁸ Vogel, ⁹ Saar, ¹⁰ unser Tal, ¹¹ läßt, ¹² Seele, ¹³ glaubt, ¹⁴ essen, ¹⁵ untergehen.

Zurück zur Mark!

Mit dem 1. April werden im Saargebiet wieder Besoldungsfragen aktuell. Die Regierungskommission hatte bekanntlich Ende vorigen Jahres für die Kommunalbeamten den Franken „auf dem Verordnungswege“ unter Mißachtung der Beschlüsse der Kreis- und Gemeindevertreter eingeführt. Sie mußte den Gemeinden, die nur über Mark-Einnahmen aus Steuern und sonstigen Bezügen verfügen, dadurch erhebliche Zuschüsse leisten. Sie sicherte sich zwar das Recht auf Rückzahlung dieser Frankenzuschüsse, jedoch werden die Gemeinden zur Begleichung einer Rückforderung kaum in der Lage sein. Es ist nun sehr fraglich, ob die Regierungskommission zur Weiterführung der Frankenbesoldung über den 1. April Zuschüsse leisten wird. In Anbetracht dessen, daß die Einstellung der Zuschüsse wahrscheinlich ist, haben sich alle maßgebenden Parteien im Saargebiet dahin geeinigt, diesmal den Widerstand vom November vorigen Jahres gegen die Einführung der Frankenbesoldung bei den Kommunen entschieden aufzunehmen.

Am 19. März besaßte sich eine gemeinsame Sitzung von Delegierten aller Kreis- und Kommunalvertretungen mit dieser Frage. Das einführende Referat hielt der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei des Saargebiets, Stadtv. Schäfer.

Er gab zunächst einen Überblick über die ganze Frage und wies darauf hin, daß die Vermehrung des Frankenumlaufes sicher eine Verlegung der saarländischen Produktion zur Folge haben würde. Er erhob dann weiter die Frage: Ist die Markbesoldung ein Unrecht? Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir mit dem übrigen Deutschland eine Volksgemeinschaft bilden. Deshalb soll es für beide auch nur einen Lebensstandard geben. Nun beträgt aber nach genauen Feststellungen die Uberteuierung im Saargebiet im Vergleich zu den deutschen Verhältnissen 53 Prozent. Wenn wir zunächst einmal den Beamten diese 53 Prozent zu den jetzt geltenden deutschen Gehältern bewilligen und außerdem noch den Schwankungsfaktor in Anrechnung bringen, ist die Besoldung der Kommunalbeamten auf einen erträglichen Standpunkt gebracht. Die Kommunalbeamten selbst, die den Franken bekommen haben, haben erklärt: Wir sind nicht für den Franken eingetreten, eine Erhöhung in Mark reicht zum Ausgleich der Uberteuierung, aber wir mußten für den Franken eintreten, weil uns niemand die geforderte Mark ausbezahlt hat. Für den 1. April sind nach den Mitteilungen der Regierungskommission keine Frankenzuschüsse und Vorschüsse zu erwarten. Daraus ergibt sich, daß die Frankenbesoldung keine Grundlage mehr hat, eine Grundlage, die auch durch die beabsichtigte Lohnsteuer nicht geschaffen wird. Der Frankenbedarf der Stadt Saarbrücken stellt sich auf 8,2 Millionen Franken, die Frankeneinnahme auf 1,5 Millionen. Die französische Grubenverwaltung hat sich bereit erklärt, die Tonne Kohlen der Stadt zwei Franken billiger zu liefern, wenn die Stadt Saarbrücken ihre Beamten in Franken entlohnen wolle. Die Grubenverwaltung hat das politische Moment der Frankenbesoldung deutlich hervorgekehrt. Wir können den Unfuh der Regierung mit ihren phantastischen Frankengehältern nicht mitmachen, sondern müssen die Beamten so entlohnen, wie es den wirtschaftlichen Verhältnissen des Saargebiets entspricht. Die Beamten sind Angestellte der Gesamtheit, nach den Verhältnissen der Gesamtheit muß sich deshalb auch deren Besoldung richten.

Die diesen Ausführungen folgende Aussprache zeitigte das wertvolle Ergebnis, daß im Grundprinzip die ganze Versammlung mit der Markentlohnung der Gemeindebeamten sich einverstanden erklärte. Es gelangte die folgende Entschließung zur einstimmigen Annahme:

Die Vorstände und die den unterzeichneten Parteien angehörenden Vertreter aller Kreis- und Bezirkstage des Saargebietes und der Stadtverordnetenversammlung Saarbrücken nehmen in Sachen der Besoldung der Gemeindebeamten, -angestellten und -arbeiter für die Zeit ab 1. April 1922 folgenden Standpunkt ein:

1. Für die bisherige, zum Teil in Franken erfolgte Besoldung des Gemeindepersonals war in den Haushalten der Gemeinden keine substantielle Grundlage. Sie war nur möglich durch die von der Regierungskommission gegebenen Zuschüsse.

2. Die beabsichtigte Lohn- und Gehaltssteuer bringt den Gemeinden auch nicht die erforderliche Frankeneinnahme, die zur Frankenbesoldung ihres Personals notwendig wäre.

3. Die Gemeinden müssen in dem Bestreben, ihre Selbstverwaltung zu erhalten, es ablehnen, von der Regierungskommission Zuschüsse entgegenzunehmen, welche von dieser nicht aus Gründen des Gemeinwohl, sondern aus politischen Gründen gegeben werden.

4. Die obengenannten Vertreter richten daher an alle Gemeindevertreter des Saargebiets das Ersuchen, ihrem Per-

sonal in Übereinstimmung mit den allgemeinen Verhältnissen von Bedürfnis und Leistungsfähigkeit eine ausreichende Besoldung in Mark zu gewähren.

5. Als Maßstab für die Berechnung der Löhne und Gehälter wird empfohlen, die bereits geltenden deutschen Reichslöhne zu nehmen und auf diese zum Ausgleich der Uberteuierung im Saargebiet gleitende Zuschläge, die sich nach der monatlich zu errechnenden Indexziffer richten, zu gewähren.

Deutsch-Demokratische Partei; Deutschnationale Volkspartei; Liberale Volkspartei; Sozialdemokratische Partei; Zentrums-
partei.

Die Saarbrücker Stadtverordneten haben sich in ihrer Sitzung vom 21. März diese Entschließung zur Richtschnur genommen. Nach dem von der Saarregierung erzwungenen Frankenprovisorium muß wieder eine solide Markgrundlage geschaffen werden. Verwaltung und Kommissionen standen auf dem selbstverständlichen Standpunkt, daß der Stadt eine Zahlung der Gehälter in Franken unmöglich sei, da bei der Durchführung des ursprünglichen Vorschlages der Regierung jährlich eine Frankensumme von 8,3 Millionen Mark, nach dem jetzigen Kurs etwa 200 Millionen Mark beschafft werden müßten, und bei der Fortführung der Frankenzahlung lediglich an die Beamten eine gleichfalls nicht zu beschaffende Summe von 3,2 Millionen Franken notwendig wäre. Das Angebot der Verwaltung ging darum von der Markgrundlage aus. Mit den Arbeitern konnte eine Einigung erzielt werden; sie erhalten eine Teuerungszulage von 2000 M. für Verheiratete, 1000 M. für Ledige, außerdem für jedes Kind 200 M. Vom 1. April ab wird auf die jetzt gezahlten Löhne ein 40prozentiger Zuschlag gezahlt. Dasselbe Angebot ist den Angestellten gemacht worden, die sich ihre Stellungnahme aber bis zu der Regelung der Beamtengehälter vorbehalten wollten. Die Verhandlungen mit dem Beamtenausschuß führten zu keinem Ergebnis, da der Verband der Gemeindebeamten und -angestellten des Saargebiets, der Bund der technisch-industriellen Beamten und der Reichsverband der Büroangestellten und -beamten, sowie der Zentralverband der Angestellten weiterhin die Forderung nach Gleichstellung mit den Staatsbeamten erhoben haben.

Dieser nur als unglaublich zu bezeichnende Standpunkt der städtischen Angestellten erfuhr seitens der Stadtverordneten eine gebührende Zurückweisung.

Stadtv. Schäfer machte die Beamten darauf aufmerksam, daß unter Gleichstellung mit den „Staatsbeamten“ nur eine Gleichstellung mit den Beamten des deutschen Reiches und des preussischen bzw. bayerischen Staates gemeint war und auch nur in Frage kommen könnte. Es sei schon zum Ueberfluß gesagt und nachgewiesen worden, daß die Stadt keine Franken habe und darum keine auszahlen könne. Aus allen nur denkbaren Erwägungen heraus sehe man sich außerstande, die Forderungen der Beamten zu erfüllen. Der Redner stellt deshalb den Antrag,

den Bürgermeister zu ermächtigen, am 1. April auf der Basis der neuen deutschen Reichsgehälter zuzüglich 75 Prozent Saargebietszulage den Beamten die Gehälter auszu-

zahlen.“ Noch deutlicher wurde Stadtv. Köhl: den städtischen Beamten müsse gesagt werden, daß sie nicht berechtigt seien, eine Sonderstellung gegenüber den übrigen Angestellten zu verlangen. Sie werden sich dieser Regelung unterordnen müssen, sie werden es sich eine Zeit lang verkneifen müssen, immer nach der Allee Straße zu schauen, um auszurechnen, wieviel die dortigen Beamten beziehen. Das sind nicht die Beamten, nach denen wir uns hier zu richten haben, wir haben bei unseren Beschlüssen stets an die Staatsbeamten rechts des Rheines gedacht. Dort werden auskömmliche Gehälter gezahlt und mit den Zuschlägen werden wir allen billigen Ansprüchen gerecht.“

Stadtv. Dr. Schlich gab den Beamten den sehr beachtlichen Rat: Statt nach den großen phantastischen Gehältern bei der Saarregierung zu schauen, solle man lieber fragen: Was habe ich mit meiner Familie notwendig! Man solle sich nicht nach denjenigen richten, die aus der Not unseres armen Volkes überreichen Profit zögen.

Stadtv. Feib beleuchtete den Frankenkurs auf Grund des Streits im „Saarkurier“, der, nachdem die Zuschüsse aufgehört hätten, vor dem glatten Zusammenbruche stehe. Gerade die Rücksicht auf die Arbeiterschaft solle die Kommunisten davon abhalten, den Franken zu fordern. Das Stadiparlament fasse seinen Beschluß nach Recht und Billigkeit, wem es nicht passe, der solle zu der Saarregierung gehen und sich als „Staatsbeamter“ anstellen lassen.

Der Antrag Schäfer wird mit den Stimmen des Zentrums, der Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokratie angenommen.

Der weiße Schrei!

Novelle nach einer wahren Begebenheit aus dem Saargebiet.

Von Genoveva.

(Schluß.)

Arbeiter hoben sie auf und trugen sie in ihr Vaterhaus. Wie zu Stein erstarrt stand der Vater, der zu Tode getroffene Mann. Die Stube füllte sich mit fluchenden, laut stöhnenden Männern, mit schluchzenden, vergrämten Müttern und immer stand der arme Mann und strich die weißen, blutbefleckten Mädchenhände und schüttelte den tiefgesenkten Kopf in stark verneinender Gebärde. Dann kam der Bruder. Die Wirkung auf ihn war furchtbar. Eine grenzenlose Wut kämpfte mit dem völligen Niederbruch seines inneren Menschen. Eine ungelassene Scheu stieg in ihm hoch, daß er die Schwester wie eine Heilige ansah und atemlos ihr Erwachen erwartete.

Maria aber erwachte erst, als die Hilfe eines Arztes ihr zuteil ward, dessen Hände zitterten, als er den zarten Körper berührte und die Wunden sah, die grausamen Wunden, die das französische Bajonett hervorbringt.

Noch während der Arzt mit ihr beschäftigt war, schlug Maria die Augen auf. Beim Öffnen der Augenlider noch den Ausdruck einer grenzenlosen Qual im Gesicht, dann aber, als ihre Augen den tiefgesenkten Scheitel des Vaters erblickten mit einem herzzerreißenden Lächeln. Es war so bezwingend, dieses aus Tod und aller Höllequal gewachsene Lächeln, daß alle, die es sahen, es empfanden, wie eine Hand, die von fremden Ufern her an die Seele rührt. Und kein Laut ward gehört, als stilles Frauenweinen, da nun Maria anhub, klar und hell zu reden:

„Vater, sei du stark, ich bin in Gottes Hand und bin nicht traurig. Alle, die ihr hier seid, wißt, was mir geschah. Ich werde sterben. Aus meinem Sterben soll kein blinder Haß wachsen. Bruder, hörst du, kein Haß.“ Und sie hob die Hand mühsam empor und winkte dem Bruder, der am Fußende des Bettes stand. „Nur dies eine bitte ich — wehrt euch gegen fremde Rasse — denn das Blut wehrt sich und das irrt sich nicht.“ Ein Schauer ging über ihren Leib hin — und sie schloß die Augen, als der Arzt sie, um ganz sicher zu sein, leise fragte: „War es ein Franzose?“ Sie antwortete klar und deutlich: „Einer von den Schwarzen, wie sie hier sind.“ Der Bruder, als er das Wort hörte, begann zu zittern, der Vater wandte und wäre gefallen, wenn nicht ein hinter ihm stehender Freund ihn gestützt hätte.

Maria erfaßte die Not, die aus ihrem Geständnis den beiden liebsten Menschen wuchs. Da ward sie ganz still und faltete die Hände, wie frei von allem Schmerz. Und ihre Worte fielen wie Schnee auf das brennende Weh der vielen, die sie umstanden. Denn jeder wollte sie sehen, die sie alle lieb hatten. Und jeder wollte wissen, ob das Ungeheure Wahrheit sei, und alle wollten sie, die die Not zusammengetrieben hatte, in dieser Stunde eins sein. O, es war ein ergreifender Anblick und der Arzt konnte es nicht über sich bringen, diese Zusammengehörigkeit anzutasten.

Maria aber sprach mühsam weiter: „Krieg wird noch lange sein auf der Erde, weil die Menschen die große Liebe noch nicht kennen. Und so lange Krieg sein wird, müßt ihr wachen, denn ihr seid das Herz der Welt und der Feind zielt immer auf das Herz. O, ihr Brüder und Schwestern, seid einig! Seid einig und schützt die deutsche Seele!“

Eine feierliche Stille trat ein. Da rief Maria mit heller, kindlicher Stimme: „Vater, Johannes!“ Und als die beiden kamen, faßte sie ihre Hände und bat: „Vergeßt meiner nicht — ich sterbe — Jesus — —!“

Ein Röcheln zerbrach die Stille. Der zarte Leib reckte sich — die Augen schlossen sich für immer.

Da aber geschah es, daß ein Stöhnen durch den Raum ging und ein vielstimmiges Weinen das ganze Haus erschütterte. Die Menschen fielen einander in die Arme und schluchzten fassungslos Brust an Brust. Der zitternde Vater, der vor dem Bette seines Kindes niederkniete war und immer wieder die Hand des toten Kindes kühte, ward sanft empor gehoben und wie ein Heiliger angesehen. Ein alter greiser Steiger, dessen einziger Sohn draußen in den Argonnen begraben liegt, kniete als erster und küßte die weiße blutbefleckte Mädchenhand unter erschütterndem Schluchzen. Und alle taten es ihm nach und es kamen immer mehr, daß das Haus die Menge nicht mehr faßte.

Dann aber aber kam das Dunkelfste, Grausamste, das war wie Salz in eine frische Wunde. Es kam die französische Behörde, um den Sachverhalt aufzunehmen. Wie ein Keil trieb sich ihr kaltes Wesen in die Geschlossenheit des Leides. Alle, die den Raum verlassen mußten, sahen an ihr vorbei und trugen soviel Qual und Haß zur Schau, daß es die unbeteiligte Ruhe des Feindes selbst berührte.

Das Verhör war kurz, der Arzt antwortete allein. Ruhig und sachgemäß trug er den Befund vor, zeigte er dem französischen Arzt die tödlichen Bajonettwunden. Die Behörde nahm alles ebenso ruhig auf. Mit funkelnden Augen berichtete der Arzt die klare Bestätigung durch die Tote.

Groß und starr stand der Vater am Fußende des Sterbebettes. Stohweise brach ein trodenes Schluchzen aus ihm hervor. Als die Behörde sich zum Gehen wandte trat er vor: „Ich habe auch noch etwas zu sagen,“ sprach er mühsam. „Ich bin ein alter Mann, der sterben möchte. Ich stehe hier und erhebe Anklage. Es ist mein Kind, das einer von euch geschändet und gemordet hat. Ich verfluche eine Nation, die die Ursache solcher Greuel ist.“ Und indem er sich zu seinem toten Kinde wendete und die kalte blutbefleckte Hand in seine Hände nimmt, sagt er dumpf: „Du Engel — ich kann dir ja nicht gehorchen — ich verbrenne vor Haß.“ Und er winkte wie befehlend seinen Sohn herbei. In der einen Hand, die Hand seines toten Kindes, nahm er in die andere die lebenswarme des Sohnes. Er sah ihn durchdringend an und sagte laut: „Ihr beide — seid alles, was ich habe. Johannes — verstehst du mich?“ — Und der junge Mann sagte feierlich: „Ja, Vater, ich verstehe dich!“ Da winkte der alte Mann mit der Gebärde eines Fürsten den Franzosen, daß er fertig sei mit ihnen, und die Behörde verließ das Haus. Dem Dolmetscher standen Schweißtropfen auf der Stirn. Er durfte ja nicht alles wahrheitsgetreu übersetzen. Er war ein Ueberläufer und die erzürnten Bewohner würden ihn todschlagen, wenn ihrem alten Fahrsteiger etwas geschähe.

Das Resultat des Verhörs war zwei Stunden später auf großen Anschlagzetteln zu lesen. Strafe bis zur Ausweisung für den, der behauptet, das Verbrechen sei von einem französischen Soldaten verübt worden.

Da aber flossen viele Tränen. Die schlaue Macht des Feindes hatte selbst den Zorn und die Wut erwürgt durch ihre gemeine Art. Nichts blieb übrig als wortloser Schmerz und schleppende Trauer. „Sonst nichts? . . .“

Eine gelehrte Gräfin von Saarbrücken.

In dem lateinischen Reisebuch Itinerarium des Isländers Thomas Carve, das im Jahre 1640 in dritter Auflage in Mainz erschienen ist, findet sich eine auf Saarbrücken bezügliche Stelle, die noch wenig bekannt ist und in der Uebersetzung folgendermaßen lautet:

„Darauf kamen wir durch Saarbrücken, eine ziemlich ansehnliche Stadt, die an der mittleren Saar liegt. Sehenswürdig ist das prächtig gebaute Schloß mit herrlichen Zimmern und Höfen. Dort traf ich die edle Herrin, eine Tochter des Markgrafen von Durlach, Maria Elisabeth, die Gattin des Grafen von Nassau, die sehr gewandt lateinisch sprach und auch in der philosophischen Wissenschaft gut unterrichtet war und sehr künstliche Verse dichten konnte, so daß unsere Krieger sie sehr bewunderten. Von dort zogen wir weiter nach Wallerfangen, das von den Franzosen besetzt war.“

Thomas Carve nahm damals als sacellanus maior (Oberfeldprediger) in dem Regiment des Obersten Walthers Deveroux, der durch Wallensteins Ermordung bekannt ist, an dem Vormarsch des Herzogs Karl von Lothringen gegen die Franzosen teil. Sein Besuch in Saarbrücken fällt in den Herbst des Jahres 1635. Der Graf Wilhelm Ludwig war damals vor den Kaiserlichen nach Mek geflüchtet, während seine Gemahlin, wie wir hier erfahren, in Saarbrücken zurückgeblieben war. Sie wird von Carve wegen ihrer außergewöhnlichen Bildung gerühmt; sie hieß aber nicht Maria Elisabeth, sondern Anna Amalia und war eine Tochter des durch die Schlacht bei Wimpfen (1622) bekannten Markgrafen Georg Friedrich von Baden-Durlach. Maria Elisabeth hieß eine Schwester des Grafen Wilhelm Ludwig, die mit dem Grafen Friedrich von Leiningen-Duisburg vermählt, aber bereits im Jahre 1626 gestorben war. Wie diese Verwechselung des Namens entstanden ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls verdient das Andenken der Gräfin Anna Amalia, dieser hochgebildeten Frau, die während des 30jährigen Krieges viel Trauriges erlebte, nachdem ihr Gatte in Mek im Jahre 1640 im Elend gestorben war, in unserer Zeit wieder erneuert zu werden, in der die Beschäftigung mit den alten Sprachen auch in den höheren Mädchenschulen wieder zur Geltung gekommen ist. Sie ist würdig, der Gräfin Elisabeth von Lothringen, der Gemahlin des Grafen Philipp I. von Nassau-Saarbrücken, an die Seite gesetzt zu werden, die im 15. Jahrhundert französische Ritterromane ins Deutsche übersehte und dadurch eine Stelle in der deutschen Literaturgeschichte erhalten hat.

Die Gräfin Anna Amalia endigte ihr kummervolles Leben im Jahre 1651 und wurde als das erste Mitglied der gräflichen Familie in der Schloßkirche zu Saarbrücken beigesetzt, aber die Armut der Zeit gönnte ihr kein Grabmal.

Prof. Ruppertsberg
in der „Saarländer-Schulzeitg.“

Der Pavillon zu Ottweiler.

Von Günter Erbach.



Unter Benützung von Angaben in der Wiebelskircher Chronik.*

Im heutigen Leben Ottweilerscher Geselligkeit und Gemütlichkeit spielt der sogenannte „Pavillon“ keine ganz nebenläufige Rolle; jedenfalls ist es lange Jahre so gewesen. Sollte die Kriegszeit auch hier mit rauher Hand verändernd eingegriffen haben, so wird hoffentlich der allzeit aufgeräumte, zu lustigem Schwank und weidlichem Trunk bereite Sinn der Bürger unserer kleinen Kreisstadt der Väter Sitten wieder zu Ehren gebracht haben — ihre übrigen Tugenden sollen dabei nicht in den Winkel gestellt sein. Auch wer bei einem lieben Freund in Ottweiler einmal zu Gast war und in seiner Obhut in den Pavillon zum abendlichen bzw. nächtlichen Umtrunk geführt wurde, wird es bestätigen, daß ein guter Tropfen bei Scherz und Witz dort doppelt trefflich mundete. Und das eigentümliche Gebäude selbst, seitwärts der Hauptstraße, wird ihm in der Erinnerung geblieben sein.

Es schaut heute auf ein und ein halbes Jahrhundert zurück, auf die Tage von Ottweilers Fürsten, „herrlichkeit“, und einer fürstlichen Liebhaberei verdankt es seinen Ursprung. Zu Zeiten des Fürsten Wilhelm Heinrich, 1741—1768, — derselbe hat auch das Jagdschloß Jägersburg in Neunkirchen bauen lassen — hatte hier im herrschaftlichen Garten, anweit des ehemaligen Schlosses, ein kleines Gartenhaus gestanden. Er ließ es abreißen und den damals so benannten Pavillon an seiner Stelle auführen. Warum, wo doch das Schloß so nahe war? Wohl weniger, um etwas abseits das Glück im Winkel mit irgend einer Dämlichkeit ungestört führen zu können; man war in jenen Reifen großzügig genug, auch solches Glück ungestört vor den Augen der lieben Untertanen zur Schau zu tragen. Nein, es waren praktische Gründe. Das alte Schloß im Städtchen war nicht mehr fein genug, nicht mehr hoffähig und komfortabel genug für die damalige recht neumodisch gefinnnte „hochfürstliche Gesellschaft. Vor allem wünschte der Fürst ein bequemes Absteigequartier zu haben, wenn ihn die Jagdlaune in seine Residenz Ottweiler führte. Wann der Pavillon erbaut worden ist, läßt sich nicht genau feststellen. In einem Briefe aus dem Jahre 1775 bietet der Ottweiler Pfarrer und Inspektor Wopit dem Fürsten als geeignete Stelle für das Schloßchen den von ihm angelegten Mauergarten bei Terenti oder Einzel-Scheuer an. Damals war mit dem Bau noch nicht begonnen worden. Mündlicher Ueberlieferung gemäß ist das Dachwerk von dem Zimmermeister Johann Balthasar Bunzel, einem Vorfahren des Bierbrauers und Gastwirts Johann Philipp Benzel, geboren den 15. November 1811, hergestellt worden. Nach Ausweis des Kirchenbuchs war jener am 24. April 1760 verstorben; so bleiben für die Bauzeit die Jahre 1758 und 1759 übrig. Höchst wahrscheinlich ist damals auch die Kastanienallee zu beiden Seiten des Gebäudes gepflanzt worden, von der noch einige Bäume bis in die letzte Zeit erhalten geblieben sind.

Der ganze Bau war von Wasser umgeben; auf der hinteren und südlichen Seite floss die Blies, vorn und nach der Nordseite zu war ein Wassergraben gezogen. Er ging von der Schloßbrücke aus an der herrschaftlichen Küche vorbei, wo er in die Blies mündete. So bildete das Ganze ein Inselchen, zu dem eine Zugbrücke über den Graben an dem Weg nach der Vorstadt führte; hinter dieser Brücke waren zwei Standbilder aufgestellt. Dem wunderlichen Gelärm der Zeit nach möglichst Wunderbaren, Ausländischem entsprechend, waren es zwei Türken, die mit gezückten krummen Säbeln hier gewissermaßen Wache hielten.

Nicht gar zu lange entfaltete sich im Pavillon fürstliches Herrenleben, dem die Revolutionsstürme bekanntlich ein unrühmliches Ende bereiteten. Als dann im Jahre 1804 die nassauischen Domänen versteigert wurden, ging das Gebäude mit dem Gelände darum in den Besitz des Kaufmanns Christian Vendoris, und später in den des französischen Steuerempfängers A t i o n über.

* Wir entnehmen diese geschichtliche Plauderei einer Veröffentlichung in der „Saar- und Blieszeitung.“

Nach der Besetzung des Landes durch die Verbündeten während der Freiheitskriege erwarben es der Glashüttenbesitzer Philipp Wagner zu Friedrichsthal und ein Herr Georg Lacour zu Wölferdingen bei Saargemünd. Bei einer Versteigerung am 26. August 1819 erwarb der damalige Bürgermeister Carl Pfordt das Haus samt Umgebung für 5500 Franken oder 1413 Taler 18 Silbergroschen. Pfordt wollte das Gebäude zu einem Schulhause umbauen lassen. Dazu erteilte aber eine hohe Regierung in Trier nicht die Genehmigung. Vermutlich sollten die ehemals fürstlichen Gemächer durch eine derartig profane Benützung nicht entweiht werden. Darum verkaufte Pfordt es wieder, und zwar zum gleichen Preise, am 14. April 1820 an die Eheleute Geometer Conrad Klein und Frau Sophie Caroline, geb. Wagner. Von diesen erwarb es am 31. Oktober 1851 ihr Sohn Carl Klein, Bierbrauer zu Ottweiler. Der vielfache Besitzwechsel war der Instandhaltung der Baulichkeiten nicht allzu günstig, zumal Carl Kleins Schwiegerjöhne Friedrich Reinschagen und Friedrich Müller das ganze Anwesen am 29. September 1821 wieder weiter verkauften, und zwar an Louis Sauer, der die Wirtschaft im Pavillon übernahm. In jener Zeit — genau ist sie nicht festzustellen — richtete sich die Ottweiler Casino-Gesellschaft in seinen Räumen häuslich ein. Und nun hallten sie gelegentlich wieder von einem fröhlichen geselligen Leben und Treiben, das im guten Sinne etwas an die Bestimmung erinnerte, zu der sein Erbauer es vor rund 150 Jahren eingerichtet hatte. Vielleicht veranlassen diese schlichten chronikartigen Andeutungen einen alten Ottweiler, uns etwas mehr zu verraten über diesen Teil von Ottweiler Leben in Vergangenheit und Gegenwart.

An das Vaterland.

Mein Vaterland — der Feind ist da
Und glaubt, wir seien sein.
Mein Vaterland, der Feind ist da,
Hör du's — dort überm Rhein!

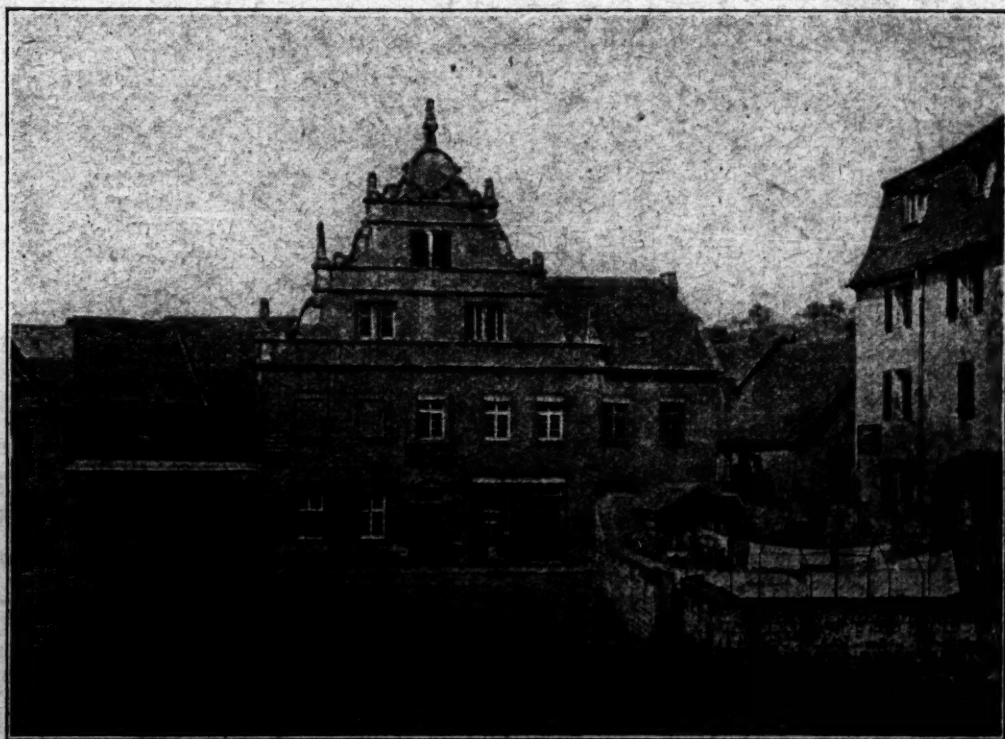
Er fordert schamlos unsre Kraft
Und preßt uns lachend aus
Und alles, was für dich erschafft
Trägt höhrend er nach Haus.

Wir knirschen, weil wir elend sind,
Ohn' Waffen, ohne Wehr,
Doch, daß du Vaterland, dein Kind
Verkennst — das drückt uns mehr.

Das macht, daß oft die Träne rinnt
Aus deutschem Frauenaug'
Und daß wir nur noch treuer sind,
Das, ja, das macht es auch!

Saargebiet.

Genovefa.



Aus der Fürstentzeit Ottweilers. Giebelhaus am Schloßplatz.

Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

Das Saargebiet wird zurzeit wieder von den verschiedensten Fragen erschüttert, die das wirtschaftliche, kulturelle und nationale Leben des Landes berühren. Die Schul- und Parlamentsfrage stehen im Vordergrund, unmittelbar fühlbar ist der neue Ausverkauf und auf der anderen Seite wehrt sich die Bevölkerung gegen die dauernden Franzöisierungsberebungen. Immer deutlicher tritt zutage, daß die gewählten örtlichen und Kreisvertretungen unter allen Umständen verlangen, daß nun endlich nach den Prinzipien der Demokratie regiert wird und daß sie bestimmend teilnehmen an den Maßnahmen, die zu erlassen sind. Vorerst stellt sich die Saarregierung noch völlig taub, die Autokratie herrscht, Spitzel- und Denunziantentum unter der Krute Richert-Abler-Kollin-Martin wuchern. Da wird mit besonderer Schadenfreude und Genugtuung in der Bevölkerung

der Streit in dem Organ für die Frankeneinführung

vermerkt und belacht. Die Drahtzieher dieses französischen Presseunternehmens haben nun in ihrem eigenen Betrieb den „Sege der Frankenzahlung“ erfahren. Das technische Personal der Buchdruckerei E. Schaal & Cie., Saarbrücken („Neuer Saarkurier“, „Neunt. Abendpost“ usw.) ist in den Streit getreten, da die Firma, die seit geraumer Zeit ihre Arbeiter in Franken bezahlt, diese Frankenzahlung abbaufen will. Die „Volksstimme“ bemerkt zu dieser Meldung: „Für unsere Leser und auch für alle die, die heute noch danach streben, Frankenzahlung zu erhalten, ist die Tatsache von Bedeutung, daß der Betrieb des „Nouveau Courrier de la Sarre“ (Der „Neue Saarkurier“) seit einem Jahre sein Personal auf der Grundlage des Franken entlohnte, heute aber soweit ist, daß entweder die fernere Entlohnung in Mark oder aber ein Abbau der Frankenzahlung — man spricht von 25 Proz. — erfolgen muß. Das letztere schien für den „Saarkurier“ das näher gegebene zu sein. Zu verwundern ist es nicht, daß sich auch Frankenzahlungsempfänger keinem Lohnabbau unterwerfen wollen, man betrachte doch die durch die ganze Frankenzahlung der Regierungskommission hervorgerufene zum Teil künstliche Teuerung im Saargebiet. Schon lange ging das Gerücht, der „Saarkurier“ sei wegen seiner praktisch durchgeführten Frankenzahlungspolitik am Frankenzahlungsempfänger recht kurzatmig geworden und erstrebe eine „Aufschiebung“ insofern, als er gern wieder in die alte Markatmosphäre einrücken möchte. Nunmehr scheint man beiderseits der Sache durch einen „Aufschiebungsschnitt“ nachhelfen zu wollen.“

Nach achtstägiger Dauer ist dann der Streit auf „gütlichem“ Wege beigelegt worden, d. h. die ausländische Gehilfenschaft erklärte sich mit einem 10prozentigen Lohnabbau einverstanden, der durch eine neue Lohnregelung auf der anderen Seite im allgemeinen wieder ausgeglichen wird. Von Bedeutung bleibt, daß das Frankenzahlungsinstrument infolge der starken Belastung durch die Frankenzahlung abgebaut wurde und daß sich die finanziellen Schmerzen in immer fühlbarerem Maße geltend machen.

Der Streit hat übrigens noch eine interessante Nebenerscheinung gehabt. In St. Ingbert erscheint, wie wir meldeten, seit kurzem ein Kopfblatt des Schaalschen Franzosenverlages. Die St. Ingberter Drahtzieher aber behaupteten, sie hätten mit diesem Verlag nichts zu tun. Aber merkwürdig: als der Streit bei Schaal ausbrach, blieb auch das St. Ingberter Kopfblatt aus! Die Schwindler hatten sich also selbst betrogen.

Wer die krampfhaften Versuche dieser personifizierten „Vorspiegelung falscher Tatsachen“ mit der gesamten, ehrenwerten geistigen Leitung verfolgt hat, die Versuche, die in allen Tonarten die vollendete Seligkeit auf Erden mit Einführung der Frankenzahlung sangen, der kann nur mit Genugtuung feststellen, daß diese bewußte Lüge eine verdiente Strafe folgend erhalten hat. Wir sind gewiß, daß die bisherige Geldquelle vorerst fließen wird, schon damit die Blamage nicht gar zu deutlich in Erscheinung tritt, ebenso gewiß aber ist, daß man über kurz oder lang erfahren wird, „überzeugungstreue“ „Geistesarbeiter“ suchen in deutschen Unternehmen Anstellung. Wir haben bereits früher einmal von der Meinung des Herrn Richert über die deutschen Judasgestalten Kenntnis gegeben: „Er liebt den Verrat, aber

verachtet die Verräter!“

Es dürfte angebracht erscheinen, demnächst einmal eine Liste solcher „Ehrenmänner“ bekannt zu geben, die sich nicht scheuten, ihr Vaterland, ihre Heimat, ihr Vaterhaus, ihr Deutschtum (nicht ihre Gesinnung, denn Lumpen haben keine) zu verraten und zu verhöhnen — der Franken wegen! Es gibt ihrer leider allmählich eine ganze Menge. Kürzlich apostrophierte die „Volksstimme“ einen A. Brückner, nennt ihn einen „politischen Hanswurst“ und „Kretin“, der „aus seiner schmierigen Dreckschleuder seinen geringen geistigen Stoffwechsel in die Spalten des „Saarkuriers“ ergießt.“ Nachdem man dem Vorsitzenden der kommunistischen Partei, Herrn Patsch, eine gut bezahlte Anstellung bei der französischen Bergwerksdirektion als Anerkennung für seinen

westlichen Propagandaeifer gegeben habe, sollte man auch diesen Mann auf den „richtigen Platz“ setzen. Daneben wird noch der „Klassen-Matz“ genannt, der gleich dem Steiger Edel darauf ausgeht, durch Gründung einer „neutralen“ Arbeiterorganisation die bestehenden Organisationen zu zertrümmern, um in diesen deutschen Wall Bresche zu legen. Eine besondere Aufmerksamkeit verdient Herr Cordier aus Saarbrücken, der gelegentlich der Kommunalwahlen im Saargebiet als einer der Spitzenkandidaten der französischen Liste auftrat, durchfiel, das Saargebiet verließ, im Rechtsrheinischen als „Flüchtling“ hantieren ging und kürzlich in Mannheim in einer deutschnationalen Versammlung auftrat. Wir deuteten oben eine „geistig leitende“ Persönlichkeit an, die den umgekehrten Entwicklungsgang hinter sich, ihn aber vielleicht noch nicht beendet hat.

Trotz der oben gekennzeichneten Mißerfolge sind

die Frankenwerber

wieder erneut an der Arbeit. Einige radikale „Auswurfsmänner“ Franken-Bederscher Richtung versprechen in einigen Betrieben der weiterarbeitenden Eisenindustrie den Belegschaften die Erlösung von allen Uebeln durch die Einführung der Frankenzahlung. Unter anderem auch in Betrieben, deren Marktlöhne sogar bei einem Kurse von 20—22 Mark fast nicht mehr unter dem Frankeneinkommen der breiten Masse, abgesehen von den Gehältern, die an Beamte der „Saarregierung“ gezahlt werden, stehen. Um der Arbeiterschaft die Sache schmackhaft zu machen, erzählen die bekannten „Frankenagitatoren“, es müßten höhere Frankenzahlung, als in der Schwerindustrie und Bergbau gezahlt, gefordert werden. Da die eisenverarbeitende Industrie es bis jetzt aus wirtschaftlichen Gründen und um dem Los der Schwerindustrie zu entgehen (Arbeiterentlassungen in Bous, Burbach (Mannesmannröhren), Neunkirchen, Dillingen) ablehnt, den Franken als Lohnzahlung einzuführen, sollte seitens der „Arbeiterschaft“ der weiterverarbeitenden Eisenindustrie ein großer Demonstrationzug nach der Regierungskommission, Alleestraße bis Schloßplatz gemacht werden, damit die Regierungskommission diesen Arbeitern den Franken geben soll. Es dürfte aber diesen Drahtziehern und Aufwieglern nicht unbekannt sein, daß die Regierungskommission weder einen Einfluß auf die noch markzahlenden Betriebe ausüben, noch viel weniger den Arbeitern dieser Betriebe selbst den Franken geben kann.

Die Arbeiterschaft der Fertigungsindustrie lehnt es jedenfalls ab, sich an Demonstrationen zu beteiligen, die nur den Zweck haben können, ein Regierungssystem zu stützen, das die Bevölkerung politisch mundtot macht und auf wirtschaftlichem Gebiet den Arbeitern beharrlich all die Rechte vorenthält, welche die Arbeiterschaft in Deutschland schon längst besitzt. Die Arbeiterschaft dankt vor solchen Experimenten angesichts der Tatsache, daß die Frankenzahlung in vielen Fällen zum Schaden der Arbeiterschaft geführt worden ist.

Mit dem 1. April tritt nach einer amtlichen Veröffentlichung ein neuer Tarif für die Fahren auf der Saar in Kraft, der die

Erhebung der Fährgeelder in Franken

vorschreibt. Aus der Verordnung geht nicht hervor, daß, wie im Verkehr mit der Post und auf der Bahn, der Zwang besteht, die Gebühren auch in Frankenzahlung zu entrichten. Ist das der Fall, dann werden die auf den Fährverkehr angewiesenen Kreise gezwungen sein, ständig Kleingeld in der französischen Währung bei sich zu führen. Das dürfte auch bei den meisten Frankenzahlungsempfängern nicht der Fall sein, da sie in der Regel ihre gesamten Frankenzahlung in Mark umwechseln, als der im Verkehr doch dominierenden Währung. Wenn also in Zukunft ein Spaziergänger von einem Ufer der Saar auf das andere sich übersehen lassen will und hat keine 5 Centimes bei sich, dann muß er von seinem Vorhaben absteigen. Für die Inhaber der Personen-Fahren wird der Frankentarif nicht ohne Nachteil bleiben. Der Franken hat aber im Saargebiet eine neue Stufe auf seiner „Siegeslaufbahn“ erklommen.

Der neueste Marktfurz hat dem Saargebiet

einen neuen Ausverkauf

gebracht. Ganze Scharen lothringischer Landleute kommen ins Saargebiet und kaufen, was ihnen unter die Augen kommt. Die Preise spielen für diese „valutastarken“ Herrschaften keine Rolle. Welche Verhältnisse sich dabei entwickelt haben, charakterisiert folgende Schilderung: Auf dem Borraum zur Damentoilette eines Saarbrücker erstklassigen Kaffees standen drei Weiber (nur mit dem Namen sind solche Frauen zu bezeichnen) und zogen sich ungeniert aus bis auf die nackte Haut, um sich dann, vom Hemd angefangen, vollständig neu „einzuleiden“. Der Ausgang wird von allen Herren benutzt, die in den Billardsaal gehen, und tatsächlich schauten dem Vorgang mindestens 10 bis 15 Herren zu, außer diesen auch einige Damen, die die Toilette benützen wollten. Trotz alledem ließen sich genannte Weiber nicht im geringsten stören

und zogen sich vollständig aus und wieder an. Ähnliche Neger-
nis erregende „Umkleidungen“ wurden übrigens in den letzten
Wochen auch anderswo von Auswärtigen vorgenommen, z. B. in
den Anlagen und unter den Brückenpfeilern, wo man dann die
ausgezogenen alten Sachen einfach liegen ließ. Der Schmuggel
steht daher zurzeit in höchster Blüte. Dabei ist es wiederholt
zwischen Schmugglern, die zum Teil ganze Wagenladungen Waren
über die Grenze zu bringen versuchten, und den Grenzvätern zu
Zusammenstößen gekommen. In einem Falle wurde ein Schmug-
ger, ein Kaufmann Masing aus St. Avold, erschossen. Die Zoll-
und Grenzbeamten haben in zahlreichen Fällen umfangreiches
Schmuggelgut beschlagnahmen können. Daß es sich jedoch nur um
einen geringen Teil handeln kann, ergibt sich aus der Tatsache,
daß die Lothringer Geschäftsleute in der Grenze nahe liegenden
Ortschaften über katastrophalen Geschäftsrückgang klagen. So gibt
es Geschäfte, die nachweislich nicht einen Centime pro Tag einneh-
men, sie haben abends das am Morgen eingelegte Wechselgeld
und sonst nichts in der Kasse. Auf der anderen Seite

sehen sich Ausländer im Saargebiet in steigendem Maße fest.

Leider wird ihnen das dadurch leicht gemacht, daß Einheimische
ihre Häuser, ihren Grund und Boden aus purer Gewinnlust ver-
kaufen. So ist kürzlich das Gesellschaftshaus Burbach
(früher kath. Vereinshaus), von dem Besitzer, dem Hütten-
arbeiter Mathias B., der daselbst vor drei Jahren zum
Preis von 87 000 Mark erworben hatte, an eine auslän-
dische Zigarettenfabrikationsgesellschaft gegen
eine hohe Entschädigungssumme vermietet worden, und zwar, wie
man hört, für eine Dauer von 30 Jahren. In dem prachtvollen,
hinter dem Gebäude liegenden Garten, in dem im Sommer
Konzertveranstaltungen stattfanden, sind nun die großen alten
Kastanienbäume dieser Tage von dem Besitzer entfernt worden.
Auch die Brauerei, die das Bier an das Gesellschaftshaus Burbach
lieferte, ist abgefunden worden, ebenso der jetzige Pächter. So
wandert ein Saal nach dem andern zum Schaden des Vereins-
lebens unserer Großstadt zu unrealen Zwecken ab.

die deutsche Bevölkerung aber wird vertrieben!

Teils durch die immer unerträglicher werdenden wirtschaft-
lichen und Preisverhältnisse, teils durch diktatorische Maßnahmen
der Saarregierung. So bereist zurzeit eine oberpostalische Kom-
mission die Postämter der Saarpfalz. Sie besteht aus einem Rat
der Saarregierung, einem Oberpostamt und einem Direktor. Die
Kommission nennt sich „Reinigungsmission“, es
dreht sich um eine Untersuchung, ob und wieviel überflüssiges
Personal an den Postämtern des Saargebietes vorhanden ist.
Das heißt zu deutsch, man will die Beamten „überflüssig“
machen, die deutsches Rückgrat haben. In der gleichen Richtung
liegt die bekannt gewordene Absicht der Saarregierung, über
65 Jahre alte Beamte dem Deutschen Reich zur Verfügung zu
stellen. Ob die Beamten geistig und körperlich noch rüstig sind,
und ihren Dienst bisher zur vollen Zufriedenheit geführt haben,
darauf soll keine Rücksicht genommen werden, der Grund ist nur
der, die Pension auf das Deutsche Reich zu übertragen.
Auf die Stellen dieser alten, im Dienst ergrauten Beamten
sollen jüngere Beamte, die im Saargebiet oder in den frühe-
ren Reichslanden (Elsass und Lothringen) geboren sind,
ernannt werden. Und das letztere ist des Pudels Kern:

Entdeutschung der saarländischen Beamtenschaft!

Auch bei der Regelung der neuen Beamtenverhältnisse an der
Landesheilanstalt in Merzig sind weitere 6 Beamte bzw. Pfleger
vom Saargebiet nicht übernommen worden, darunter Apotheker
Kuchs. Von den bisherigen Ärzten wurden versetzt: Direktor
Dr. Buddeberg nach Bedburg, Dr. Sauer mann nach
Galkhausen, Dr. Stahl nach Düren,endant Clewen nach
Grafenberg. Daß solche Druckmaßnahmen nicht ohne Einfluß auf
die Bevölkerungsziffer bleiben, ist erklärlich. Auch im Monat
Januar ist z. B. die Bevölkerungszahl Saarbrückens um über
1000 Köpfe zurückgegangen. Sie betrug Anfang Januar 117 796,
Ende Januar 116 761, obwohl die Zahl der Todesfälle (210) von
den Geburten (232) um 22 überträgt wird. Die Bevölkerungs-
verminderung ist also lediglich auf das Fortziehen der deutschen
Bevölkerung zurückzuführen. Tatsächlich zogen im genannten
Monat 2514 fort, 1457 zu, der Unterschied beträgt also 1057.

Sie können auch anders, die Herren Franzosen!

In der „Weser-Zeitung“ veröffentlichte Ellen Kaltenbach-
Ogilvie einen Aufsatz über den Freiheitskampf des
Nemelandes. Darin heißt es u. a.:

„In den meisten Häusern in Memel liegt französische Ein-
quartierung, doch habe ich nie darüber Klage führen hören; die
Leute benützen die Zimmer tagsüber wenig, halten sich tadellos
sauber und sind im Umgange sehr zurückhaltend. Die Soldaten,
ganz junge Jahrgänge, werden halbjährlich ausgetauscht, die

höheren Offiziere und Beamten, die längere Zeit dort bleiben,
haben ihre Familien nachkommen lassen, und wenn auch deren
Einquartierung mehr Schwierigkeiten gemacht hat, so sind doch
nie Ausschreitungen und Ansprüche wie im Rheinlande vorge-
kommen. Durch die Abtrennung galt das Memelland der Entente
nicht mehr als Deutschland und wurde daher nicht als Feindes-
land behandelt.“

Das klingt wie ein Märchen. Offenbar entfendet man nach
Memel besonders sorgfältig ausgesuchte Leute. Im übrigen aber,
für den deutschen Westen, lautet die amtliche und nichtamtliche
französische Lösung: „Es muß alles verungeneret werden!“

Ein Vergleich mit dem Memelland

ist überhaupt nicht ohne Interesse. Kürzlich erweiterte der fran-
zösische Oberkommissar Petisne im Memelgebiet (das bekanntlich
ohne jede Befragung der Bevölkerung einfach von Deutschland
abgetrennt und zunächst einmal unter französisches Mandat gestellt
wurde) durch Verordnung die Befugnisse des Präsidenten des
Landesdirektoriums. Die „Saarbr. Volksstimme“ knüpfte an diese
Verordnung folgende Randbemerkung:

Man ist versucht, die Memellandbewohner zu ihrem Erfolg
zu beglückwünschen. Aber der Pferdeschuh hinkt hinterdrein.
Ausgenommen von diesen Bestimmungen bleiben nämlich alle
militärischen Angelegenheiten, Polizeiverwaltung, die Anstellung
höherer und mittlerer Justizbeamter und die Ausübung des
Gnadenrechts. Das heißt also auf gut deutsch: Verwalten
und arbeiten dürft ihr, ihr Memelländer, aber
wir sind die Herren Franzosen; wer nicht pa-
riert, der fliegt. Nun ja, es gibt Leute, die auch darin
einen Fortschritt sehen. Genau dieselbe Schablone wie
bei uns im Saargebiet.

Das Saargebiet ist deutsch.

Das scheinen verschiedene deutsche Behörden und Amtsstellen
nicht zu wissen. Wenigstens ergibt sich das aus einem Brief, den
die Hanseatische Kakao- und Schokoladenfabrik Geheisen und
Kidel in Altona-Ottensen der „Deutschen Zeitung“ zur Verfügung
stellt und den sie unter dem 22. März 1922 an die „Außen-
handelsstelle für Kakao- und Schokoladenerzeug-
nisse und Zuckerwaren in Berlin“ gerichtet hat und
den wir nachstehend im Wortlaut wiedergeben:

„Wir erhielten die Drucksache vom 15. März mit den Be-
stimmungen über die Ausfuhr von Kakao- und Schokoladen-
erzeugnissen und Zuckerwaren und senden anliegend den ver-
langten Empfangsbestätigungsschein, da wir ja gezwungen sind,
diesen zunächst anzunehmen. Wir erheben aber in aller Form
Einspruch gegen einen Satz der Bestimmungen, und zwar Ab-
satz 10, welcher lautet: „Die ehemals deutschen Ge-
biete Saar und Memel sind zu Inlandspreisen zu be-
liefern.“ Uns ist ein ehemals deutsches Gebiet Saar
nicht bekannt, das gibt es auch nicht. Selbst der Schandvertrag
von Versailles kennt solches nicht und wir verweisen auf Ar-
tikel 45 bis 50, nebst Anlagen I bis III dieses Vertrages. Wir
sind sehr verwundert, daß eine deutsche Behörde für
Außenhandel sich über die Auswirkung des Vertrages von Ver-
sailles anscheinend nicht im klaren ist und so irreführende Aus-
drücke gebraucht, wie „ehemals deutsches Gebiet Saar.“

Der Saarländer, welcher demnächst Ihre Bestimmungen
lesen wird, muß sich ja vom Mutterland geradezu verraten
fühlen, wenn schon die Behörden nicht wissen, daß er nach wie
vor deutsch ist und, wenn deutsche Kraft es irgend
erreichen kann, auch deutsch bleiben wird. Wir
empfehlen daher, die „Bestimmungen“ umdrucken zu lassen.

Da wir Ihnen einen Abdruck des ganzen Friedensver-
trages leider nicht zur Verfügung stellen können, senden wir
Ihnen einliegend einen Auszug daraus und bitten Sie, auf
Seite 17 nachlesen zu wollen, daß uns zwar das Eigen-
tum steht an den Kohlengruben des Saar-
beckens geraubt ist, daß aber das Land erst nach 15 Jahren
durch Abstimmung der Bevölkerung endgültig entweder Deutsch-
land (hoffentlich!) oder Frankreich zufällt.“

Es ist beschämend, daß es notwendig wurde, einer deutschen
Behörde solchen deutschen Brief zu schreiben. Wir hoffen, die
Außenhandelsstelle für Kakao usw. nimmt auf Grund dieser Be-
lehrung Veranlassung, sich nunmehr einmal das „Friedens“-Dik-
tat anzusehen. Wenn das nicht einmal die Behörden tun, wie
soll man das vom einfachen Manne verlangen? Es ist leider
Tatsache, daß bis vor wenigen Wochen die Fahrkarten für das
Saargebiet im Anhalter Bahnhof in Berlin nur am Auslands-
schalter zu haben waren. Es hat erst sehr deutlicher Hinweise
in der Presse bedurft, hierin eine Änderung herbeizuführen.

Also bitte mehr Takt, löbliche deutsche Behörden, für das
deutsche Saargebiet!

Aus dem Saarwirtschaftsleben.

Das Ergebnis zweijähriger „Völkerbunds“-Regierung.

Aus saarländischen Arbeiterkreisen erhalten wir folgende Zuschrift: Langsam, aber mit schrecklicher Sicherheit treten die Folgen der von der Saar-Regierungs-Kommission beeinflussten Wirtschaftspolitik im Saargebiet in Erscheinung. Wohl hat die Einführung des Franken einem Bruchteil der Bevölkerung Vorteile gebracht auf Kosten des andern Teiles. Das gesamte Wirtschaftsleben und damit auch die Frankenempfänger selbst aber gehen, wenn es nicht gelingt, das Steuer noch herumzuwerfen, dem sicheren Untergang entgegen. Die Anzeichen der Katastrophe sind da. Die im Saargebiet bestehenden Zweigniederlassungen von den Mannesmann-Werken in Düsseldorf mußten bekanntlich auch französisches Kapital aufnehmen und führten ebenfalls den Franken ein. Im Laufe des verflossenen Jahres mußte das Werk infolge Fehlens von Aufträgen den größten Teil seiner Arbeiter entlassen und arbeitet heute im Lohn für Düsseldorf. Die Firma Meguin in Dillingen war ebenfalls gezwungen, ihre Belegschaft zu vermindern. In den letzten Wochen zeigten sich aber die Folgen der französisierenden Wirtschaftspolitik an einer ganz unerwarteten Stelle. Die Dillinger Hütte war, wie bereits gemeldet, gezwungen, ungefähr 6-700 Arbeiter zu entlassen. Für die Verhältnisse im Saargebiet ein sehr erheblicher Prozentsatz der Arbeiterschaft in der Hüttenindustrie. Außerdem hält das Werk, wie in einer großen Metallarbeiterversammlung bekanntgegeben wurde, weitere Entlassungen bzw. die teilweise Stilllegung des Werkes nicht für ausgeschlossen. Ein Teil der weiterverarbeitenden Eisenindustrie, Maschinenbau usw. beabsichtigt, wegen der hohen Gestehungskosten, Löhne, Kohlen, Licht, Kraft, Fracht usw. ihren Betrieb außerhalb des Saargebietes zu verlegen und hat teilweise schon mit der Verlegung begonnen.

Die Aussichten für die wirtschaftliche Zukunft des Saargebietes sind also äußerst trübe. Hinzu kommt, daß die Regierungs-Kommission jeden sozialen Fortschritt bekämpft und der Arbeiterschaft weder auf politischem noch auf wirtschaftlichem Gebiete Rechte einräumt. Diese Erkenntnis bricht sich in der Arbeiterschaft immer mehr Bahn und schafft eine sich ständig steigende Erbitterung.

Die Erregung greift auch im Bergbau weiter um sich, da die Verhandlungen über einen neuen Lohnvertrag an den Bedingungen der französischen Bergwerksdirektion scheiterten. Dieser Umstand sowie die auf den meisten Gruben sehr schlechte Behandlung der Arbeiterschaft durch die französischen Ingenieure und um ihre Stellung fürchtenden sonstigen Beamten ist nicht geeignet, die jetzt hochgehenden Wogen zu glätten.

Daß die Regierungs-Kommission anscheinend daran ein gewisses Interesse hat, geht daraus hervor, daß sie einem Teil ihrer Beamten (und nicht den minderbesoldeten!) Gehälter zahlen will und Nachzahlungen leistet, die als eine Verschleuderung öffentlicher Mittel betrachtet werden müssen. Dieses Moment hat nicht nur in den marktempfangenden Kreisen, sondern auch in weiten Kreisen der in Franken entlohten Arbeiterschaft geradezu Empörung ausgelöst.

Auf der einen Seite eine um ihre Existenz ringende Industrie und Arbeiterschaft, deren Zukunft den französischen Annexionsbestrebungen geopfert wird, auf der anderen Seite eine autokratische Regierungs-Kommission, die mit vollen Händen das aus Industrie und Volk herausgepreßte Geld an sich und ihre gefügigen Beamten verteilt.

Alles zum „Wohle der Bevölkerung“.

Die Arbeitsmarktlage im Monat Februar weist keine wesentliche Veränderung gegen die des Vormonats auf. Gegen Ende des Monats nahm die Tätigkeit im Baugewerbe zu, so daß vielen arbeitslosen Tagelöhnern und Erdbauarbeitern Arbeit zugewiesen werden konnte. Im Baugewerbe konnten die sich meldenden Maurer und Zimmerleute untergebracht werden. Tüchtige Schreiner, Schneider und Polsterer werden noch gesucht. Auch das Neunkirchener Eisenwerk hat im Laufe des Monats größere Arbeitereinstellungen vorgenommen.

Tarifverhandlungen. Kürzlich fanden Verhandlungen zwischen der Geschäftsführung des Arbeitgeberverbandes für die Saarindustrie und den Angestelltenverbänden statt. Der Arbeitgeberverband lehnte es ab, irgendeine Zahlung für die rückliegende Zeit zu gewähren, vielmehr sollen auch bei zukünftigen Lohnregelungen Nachzahlungen ausgeschlossen sein. Aus dieser Stellungnahme heraus lehnte auch der Arbeitgeberverband den am 11. März gefällten Spruch des Schlichtungsausschusses ab, erklärte sich aber gleichzeitig bereit, hierfür in den demnächst stattfindenden Gehaltsverhandlungen einen Ausatz zu gewähren.

Ein Streit der Arbeiter der Gemischen Fabrik Ober-Völklingen hat nach dreiwöchiger Dauer sein Ende erreicht. Nachdem die gestellten Forderungen erfüllt worden sind, wurde die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Aus Handwerk, Handel und Gewerbe.

Hypothekenbank Saarbrücken A.-G. In dem nunmehr vorliegenden Geschäftsbericht des Instituts für 1921 heißt es, daß das Hypothekengeschäft auch in diesem Jahre keine Belebung erfahren habe. Hauptächlich seien es die starken Schwankungen des Geldwertes, die die Ursache der Unsicherheit auf dem Bauplatze bildeten und die sowohl die Bauherren als auch die Hypothekenbank zu großer Zurückhaltung zwangen. Der Bestand an unterlagfähigen Hypotheken stieg von 10 015 962 M. auf 17 059 279 M. — wovon 60 Darlehen von 100 000 M. bis 5 Millionen M. gewährt wurden —, der Bestand an Gemeinbedarfsliehen von 22 830 526 M. auf 37 508 596 M. Hypothekenspfandbriefe waren im Umlauf 16 815 200. (9 853 600) M., Kommunalobligationen 35 998 400 (22 360 600) M. Durch Verfügung der Regierungskommission sind die Hypotheken-Pfandbriefe und Kommunal-Obligationen für mündelicher erklärt worden. Ferner erteilte die Regierungskommission die Genehmigung zur Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Hypothekenspfandbriefen, Kommunal-Obligationen und Kleinbahn-Obligationen in der Währung der französischen Republik, sowie die Genehmigung, alle übrigen, nach dem Hypothekenbankgesetz vom 13. Juli 1899 zugelassenen Geschäfte in Frankenwährung vorzunehmen, vorbehaltlich der in der Genehmigungsurkunde getroffenen Bestimmungen. Hierdurch wird die Errichtung einer Abteilung für Geschäfte in Frankenwährung notwendig. Die Rechnungslegung, die Gewinn- und Verlustermittlung und die Gewinnverteilung finden in Mark- und Frankenwährung getrennt statt. Mark- und Frankenabteilung stehen also nebeneinander wie zwei verschiedene Hypothekenbanken. Im Berichtsjahr sind noch keine Frankengeschäfte abgeschlossen worden; ebenso hat auch eine Ausgabe von Schuldverschreibungen in Frankenwährung noch nicht stattgefunden.

Aus dem Bericht geht nicht mit Sicherheit hervor, ob die Genehmigung zur Ausgabe von Pfandbriefen usw. in der „Währung der französischen Republik“ auf Antrag oder „druckweise“ gegeben wurde. Soweit wir unterrichtet sind, handelt es sich bei der Hypothekenbank um eine Gründung der Stadt Saarbrücken mit dem Zwecke, die Bautätigkeit zu fördern. Es läßt sich von hier aus ohne näheren Einblick in die inneren Verhältnisse der Bank nicht übersehen, ob die Aufnahme der Frankenwährung den eigentlichen Aufgaben der Bank förderlich ist; vom Standpunkt, den saarländischen Grund und Boden deutlich zu erhalten, ist dieser Beschluß unter allen Umständen zu verwerfen, weil er dem Franken eine weitere Position im Saargebiet einräumt.

Gewerbeverein St. Ingbert. An Stelle des 1. Vorstandes, P. Denger, welcher die Vorstandschaft niederlegte, wurde Schneidermeister Merker als 1. Vorstand gewählt.

F. Maas u. Sohn, Papierwarenfabrik, A.-G., Saarbrücken. Das aus der Firma F. Maas und Sohn hervorgegangene Unternehmen wurde in das Handelsregister eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Erzeugnissen der Papierwarenfabrikation, insbesondere die Fortführung des von der genannten Firma betriebenen Fabrik- und Handelsgeschäftes. Das Grundkapital beträgt 2½ Mill. M. Der Ingenieur Otto Maas, sowie die Witwe Franz Maas und deren Sohn Arnold Maas bringen die Fabrik, Vorräte usw. ein; der Gesamtwert der Einlage ist nach Abzug der Passiven auf 2 Mill. M. festgelegt. Gründer der Gesellschaft sind: Ingenieur Otto Maas, Witwe Franz Maas, Heinz Arnold Maas, Großkaufmann Salomon Gans, Großkaufmann Karl Mettler, Rechtsanwalt Valentin Sennsfelder, Prokurist Josef Schanne, alle in Saarbrücken. Dem ersten Aufsichtsrat gehören an: Witwe Franz Maas, Großkaufmann Salomon Gans, Großkaufmann Karl Mettler und Rechtsanwalt Valentin Sennsfelder.

Eine neue Industrie, eine Aluminiumfabrik, wird in Fischbach-Seierbach zwischen dem Bahnhof und der Nähe von einer auswärtigen Firma errichtet.

Eine französische Verkaufsgesellschaft „Rhein-Donau“ hat sich mit 1 Million Franken Stammkapital gebildet, um Saarkohlen nach Oesterreich und Ungarn zu liefern.

Aus der Saarindustrie.

Die französische Glasindustrie gegen die saarländische Konkurrenz. Die französische Fachzeitschrift der Glasindustrie „Le Verre“ führt in ihrer letzten Nummer Klage darüber, daß sich die — auf Frankreichs Initiative selbst zurückzuführende — Bestimmung der zollfreien Einfuhr von Glasflaschen aus dem Saargebiet nach Frankreich für die französische Glasindustrie als ungünstig erweist und ihr den Wettbewerb mit der ausländischen Konkurrenz fast unmöglich macht, namentlich im Zusammenhang mit den Valutaverhältnissen. Ausländische — gemeint sind wohl deutsche — Fabrikanten machen sich die Zollfreiheit für diesen Artikel zunutze, indem sie ihre Fabrikate nach dem Saargebiet bringen und von dort nach Frankreich einführen. Andererseits haben ver-

chiedene französische Fabrikanten von Glasflaschen ihre Etablissements geschlossen und sind nach dem Saargebiet gegangen, wo sie außer der Fabrikation auch das Sammeln von Glasflaschen betreiben. In der französischen Glasindustrie sind in der letzten Zeit verschiedentlich Lohnherabsetzungen erfolgt.

Eine neue französische Gründung im Saargebiet. Mit einem Stammkapital von 10 Mill. M. wurde die Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen A.-G. (Fabrique de Machines Agricoles, S. A.) in Homburg (Saar) gegründet. Unter den Gründern, die sämtliche Aktien übernommen haben, figurieren Hüttenbesitzer Felix Couvy in Dieulouard, die (französische) Landesbank des Saargebiets und der Generalsekretär der französisch-saarländischen Handelskammer F. Christin. — Man sieht also, die wirtschaftliche Eroberung des Saargebiets durch Frankreich macht Riesenschritte.

Aus dem Saarkohlenbau. Zur Uebergabe der Saargruben.

In dem im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Betriebsbericht der preussischen Bergverwaltung für das Rechnungsjahr 1920/21 heisst es u. a.:

Bezüglich der staatlichen Bergwerke an der Saar, die am 10. Januar 1920 in das Eigentum der französischen Regierung übergegangen sind, ist bereits im Betriebsbericht für das Rechnungsjahr 1919/20 ausgeführt worden, daß der für jenes Rechnungsjahr angegebene rechnermäßige Gesamtüberschuß von 30,2 Millionen Mark sich voraussichtlich in einen Gesamtzuschuß von rund 27 Millionen Mark verwandeln werde, wenn die nach dem Finalabschluß zu leistenden Zahlungen und die teilweise Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag darstellenden Ausgaben noch berücksichtigt würden. Im Rechnungsjahr 1920/21 haben diese nachträglichen Ausgaben für Bauten aus dem Jahre 1919, für die Ablösung aller Bergschäden, die noch unter preussischer Verwaltung entstanden sind, und für Ausführung aller übrigen Bestimmungen des Friedensvertrages über schulden- und lastenfreie Uebergabe der staatlichen Saarbergwerke an Frankreich einen Gesamtzuschuß von 16 012 550 Mark erfordert. Die preussische Bergwerksdirektion (Abwicklungsstelle), zurzeit in Bonn, ist mit der Abrechnung dieser Verpflichtungen beauftragt worden. Sie wird ihre Tätigkeit voraussichtlich im Laufe des Rechnungsjahres 1922/23 beenden. Die Verhandlungen mit dem Reiche wegen Entschädigung Preußens für die abgetretenen Saarbergwerke sind noch im Gange.

Die Jahresförderung 1921 der Saargruben.

Die Förderung der Saargruben einschließlich Frankenholtz betrug im Jahre 1921 9 823 700 Tonnen gegenüber 9 410 000 Tonnen im Jahre 1920. Die monatliche Förderung betrug in Tonnen:

Monat	1920	1921
Januar	727 465	877 917
Februar	743 063	671 276
März	839 874	647 808
April	734 665	883 083
Mai	709 766	757 452
Juni	763 616	850 209
Juli	860 048	889 656
August	702 680	930 762
September	811 010	903 689
Oktober	847 003	748 554
November	797 998	734 583
Dezember	872 889	928 496

Im Jahre 1913 betrug die Förderung 13 217 000 To., 1914 ging dieselbe infolge des im August ausgebrochenen Krieges auf 10 032 000 To. zurück. Nach den unnormalen Verhältnissen des Krieges betrug im Jahre 1919 die Förderung der Saargruben 8 990 000 To., um, wie oben erwähnt, 1920 auf 9,4 und 1921 auf 9,9 Mill. To. zu steigen. Im Januar 1920, als die Franzosen die Gruben übernahmen, betrug die Leistung auf den Kopf der Belegschaft 445 Kilogr., im Dezember 1920 dagegen 570 Kilogramm. Die Belegschaftsstärke betrug seit Uebernahme der Gruben:

	Unter Tag	Ueber Tag	Kokerei	Beamten	Zuf.
Jan. 1920	46 435	16 346	997	2261	66 039
Dez. 1920	52 817	17 219	1347	2962	71 383
Dez. 1921	54 048	16 308	2206	3010	75 572

Diese Gegenüberstellung ergibt seit dem Januar 1920 eine Vermehrung von 9533, davon im letzten Jahre eine solche von 4189 Köpfen.

Die Zahl der Beamten stieg von 2261 im Januar 1920 auf 3010 bis Ende November. Das ist ein Mehr von 749 Mann. Während die Zahl der Arbeiter um 14 Prozent gestiegen, ist die der Beamten um 33 Prozent erhöht worden. Trotz der erhöhten Förderung ist der Anteil der Arbeitskraft an derselben, der Arbeitslohn, zurückgegangen. Die Löhne betrugen im Januar 1921 für Hauer im Durchschnitt

23 Fr., Dezember 16 Fr. Ebenfalls eine Verminderung von 7 Fr. ist im gleichen Zeitraum für alle übrigen Gruppen pro Schicht eingetreten.

Die Absatzverhältnisse waren 1920 gut, während das verflossene Jahr 1921 unter starkem Absatzmangel zu leiden hatte, deren Ursachen von uns wiederholt gekennzeichnet wurden. Die Halbenbestände betrugen im Januar 1921 163 663 To. und im Dezember am Jahreschluß 690 000 To., also eine Vermehrung von mehr als einer halben Million Tonnen im Jahre 1921.

Die Kohlenförderung im Monat Januar betrug insgesamt 864 210 To. (im Vormonat 928 702 To.), und zwar auf den Staatsbetrieben 842 350 To. (902 794 To.), Privatpachtgesellschaft Frankenholtz 21 860 To. (25 702 To.). Der Verkauf und Versand betrug 815 917 To. (815 622 To.), die Halbenbestände waren Ende Januar gegen Dezember um 69 289 To. vermindert, betrugen aber immer noch 615 200 To. Kohlen.

Vom Saarkohlenmarkt wird berichtet, daß die Nachfrage aus deutschen Verbraucherkreisen sich neuerdings gemehrt habe. Die stark steigenden Kohlenpreise und Frachten in Deutschland, die den früheren großen Unterschied gegenüber den Importkohlen aus England, der Saar usw. mindern, wie auch die allgemeine deutsche Brennstoffknappheit, die noch durch die Auswirkungen des Eisenbahnerstreiks gemehrt wurde, geben ungeachtet des hohen Frankenturses der deutschen Exportindustrie, so z. B. Werken der Keramik, der chemischen Industrie, des Maschinenbaues usw. Veranlassung, auch weiter Saarkohle zu beziehen. Für die Gas- und Elektrizitätswerke sind dagegen Saarkohlen heute kaum noch erschwinglich. Die Preise an der Saar sind im März dieselben wie im Februar geblieben, d. h. die Kohlen kosten pro Tonne ab Zechen je nach Sorte 50 bis 88 Fr., was bei der augenblicklichen Valuta circa 1250 bis 2200 Mark und mehr entspricht. Die niedrigste Preiskategorie von 50 Fr. bezieht sich auf Gries, die guten Sorten wie Stückkohlen, Nüsse usw. kosten 78 Fr. und mehr. — Der Hauptausfuhr des bayerischen Städtebundes hat beschlossen, in Hinblick auf die Knappheit auf dem Kohlenmarkt sich an den gemeinsamen Bezug von Saarkohle zu beteiligen.

Die Lohngestaltung auf den Saargruben. Das Oberbergamt der Saargruben gibt eine Statistik heraus über Lohngestaltung, Arbeiterzahl und verfahrenene Schichten auf den Kohlengruben des Saarreviers. Diese Statistik weicht von der preussischen erheblich ab. Vor allen Dingen fehlt in der Statistik des Oberbergamts die genaue Einteilung der Arbeiter und Löhne in Gruppen. So ist, wie der „Saar-Bergknappe“ schreibt, nicht ersichtlich, welcher Belegschaftsanteil vor Kohle beschäftigt ist, was zur Bewertung der Förderleistung große Bedeutung hat. Weiter fehlt neben anderem auch die Angabe des Prozentsatzes der jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren. Um eine klare Uebersicht zu gewinnen, ist die Abstellung dieser Mängel notwendig. Für das 4. Vierteljahr 1921 enthält die Statistik des Saar-Oberbergamts u. a. folgende Angaben: Anzahl der verfahrenen Schichten bei der Kohलगewinnung unter Tage 3 191 111, über Tage 1 051 157, zusammen 4 242 268; Anlagen (Kokerei, Hafenamt, Faktorei usw.) 158 082, Vorrichtungs- und Reparaturarbeiten über und unter Tage 41 349, Gesamtsumme 4 441 000. Die Zahl der tödlich Verletzten betrug 17 (sämtliche unter Tage), Unfälle, die mehr als 4 Wochen Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatten: unter Tage 124, über Tage 25. Durchschnittslöhne für das vierte Vierteljahr 1921 (Abzüge sind noch darin enthalten): Vollhauer im Gebirge ohne Familienzulagen 17,89 Franken, mit Familienzulagen 20,63 Franken. Durchschnitt aller Arbeiter unter Tage 15,89 Fr. bzw. 17,82 Fr., Durchschnitt aller Arbeiter über Tage 15,19 Fr. bzw. 17 Fr. Der durchschnittliche Betrag der Abzüge für eine Schicht beträgt 1,36 Fr. Gegenüber dem 3. November 1921 hat sich die Zahl der verfahrenen Schichten um 729 322 verringert. Die Zahl der tödlichen Unfälle hat sich um 4 vermindert. Der Durchschnittslohn der Vollhauer, ohne Familienzulagen hat sich um 1,30 Franken, mit Familienzulage um 1,26 Fr. verringert; der Durchschnittslohn aller Arbeiter unter Tage um 1,07 bzw. 0,96 Fr., der Durchschnittslohn aller Arbeiter über Tage (einschl. der Anlagen) um 0,97 bzw. 0,93 Fr.

Die Wahlen der Beisitzer zu den Berg-Gewerbe-Gerichten im Saargebiet. Am 8. März fanden im Saargebiet die Wahlen der Beisitzer zu den Berggewerbegerichten statt. Das Resultat kann kein genaues Bild geben, da Tausende von Bergleuten wählen wollten, aber nicht wählen konnten. Die Wahlzeit betrug nur 3 Stunden und auf einzelnen Gruben sollten über 1000 Wähler an einem Tisch ihre Stimme abgeben, was unmöglich war. Aus diesem Anlaß entstand auf allen Gruben des Saargebiets ein fürchterliches Gedränge. Die Arbeiterorganisationen wollen diese Wahl anfechten, da das Ergebnis durchaus unzuverlässig ist.

Neue Schächte im Saargebiet. Im Alsbachtal werden neue Schächte abgeteuft und zwar in der Nähe von Alstentessel zwei. 2000 Bergarbeiter sollen dort Beschäftigung finden. Die Erstellung wird allerdings Hunderte von Millionen verschlingen. Man fragt sich unwillkürlich, welche politischen Zwecke werden angesichts der steigenden Absatzschwierigkeiten für Saarkohle mit der Niederbringung dieser Schächte verfolgt?

Kleine Tageschronik.

Die Regierungskommission hat eine Volkszählung im Saargebiet angeordnet. Außer der Personenstandsaufnahme sollen auch die Berufe und die Betriebe erfasst werden. Der Tag der Zählung steht noch nicht fest. — Gelegentlich eines Vortrages, den Branddirektor Knipper-Saarbrücken bei dem Unterrichtskursus für die Führer der Feuerwehren des Kreises Merzig über „Die nachbarliche Löschhilfe hielt, teilte er mit, daß Neunkirchen, Saarlouis und Merzig Motorspritzen mit einer Leistung von 1000 Liter erhalten, während in Saarbrücken eine größere Ueberlandspritze mit 2000 Liter aufgestellt werden soll. Durch eine solche Verteilung glaubt man genügend Vorsorge bei Großbränden getroffen zu haben.

Saarbrücken. Der Erfrischungsaum des Stadttheaters Saarbrücken soll eine künstlerische Ausmalung erhalten. Zu diesem Zweck wird für die Gewinnung geeigneter Entwürfe ein Wettbewerb unter den im Saargebiet ansässigen Künstlern ausgeschrieben. Es sind von privater Seite hierfür erhebliche Preise ausgesetzt worden, und zwar ein 1. Preis von 10 000 M., ein 2. Preis von 5000 M. und ein dritter Preis von 2500 M. — Eine Frühjahrsmodenschau veranstaltete im Stadttheater das Passage-Kaufhaus, angeblich mit recht gutem modelfünftlerischen Erfolg. — Die Zinsen der August Klein-Stiftung sind zu vergeben. Sie sind dazu bestimmt, fleißige, strebsame und würdige Kinder von Arbeitern, kleinen Handwerkern und diesen wirtschaftlich gleichzustellenden Beamten, gleichgültig welcher Konfession, die sich einem gehobenen Lebensberuf widmen wollen, zu unterstützen. — Dem Wohlfahrtsamt der Stadt Saarbrücken wurden durch die Direktion des Apollo-Theaters der Erlös aus dem Verkauf von Fern-Andra-Karten im Betrage von 1349,28 M. zur Verwendung für kranke und erholungsbedürftige Kinder zur Verfügung gestellt. — Der Schreiner Christ. Fuchs erlitt auf seiner Arbeitsstelle in Lothringen derart schwere innere Verletzungen, daß er im Krankenhaus verstarb. Er hinterläßt Frau und 5 Kinder. — Der Straßenbahnschaffner Johannes B., Rüsener Straße, wurde im Lützelsbachtunnel von einem Lastauto totgefahren. Der Maurer Simon H. aus Wernersberg, ein älterer Mann, stürzte von einem Neubau in Jägersfreude ab in einen Tümpel. Man fand ihn nur als Leiche vor. — In Saarbrücken nehmen die Raub- und andere Uebertaten und die Diebstähle und Einbrüche in erschreckendem Maße zu. Auf dem Ludwigplatz wurde ein Mann aus Rendrich von zwei Männern überfallen, die ihm hierbei die ganze Burschaft in Höhe von 4000 M. gewaltsam nahmen. Der Kriminalpolizei ist es jedoch gelungen, die Straßenräuber in der Person des Händlers Jakob K., des Schaffners Heinrich Sch. und der Kellnerin Maria T. — alle drei von hier — festzunehmen. — Auf dem St. Johanner Markt überfielen zwei unbekannte Männer nachts einen Mann aus Saarbrücken, zogen ihm Rock, Ueberzieher und Hut aus und nahmen ihm die Uhr und die Brieftasche mit 4000 M. Inhalt ab. — Eine wilde Verbrecherjagd gab es kürzlich im Distrikt der Schützenstraße. Es handelte sich um den gefährlichen Ein- und Ausbrecher Basse. Der Polizei war zu Ohren gekommen, daß Basse morgens am Eingang zu einer Fabrik stehen würde. Die Fabrik wurde umstellt und Basse angerufen. Dieser ergriff sofort in gewaltigen Sähen die Flucht durch das Meerwiesertal, Trift, Neugrabenweg, Scheidter Straße und am Homburg, um schließlich im nahen Wald zu verschwinden. Erst am anderen Tage konnte er in einem Schlupfwinkel verhaftet werden. — Am 25. März, vorm gegen 10 Uhr, wurde an der Ecke Dudweiler-Bahnhofstraße der Geheime Justizrat Dr. Muth von einem französischen Auto überfahren und schwer verletzt. Seine sofortige Ueberführung nach dem katholischen Krankenhaus in der Bismarckstraße war erforderlich. Wie mitgeteilt wird, sind die erlittenen Verletzungen, vor allem eine schwere Kopfwunde, derart, daß bei dem Alter Muths an seinem Aufkommen gezweifelt werden muß.

Bliesransbach. Der 30 Jahre alte Hüttenarbeiter Johann Karr von hier wird seit 26. Februar d. J. vermißt. Er hat sich an diesem Tage von Bliesransbach nach Bebelshaus begeben und ist von diesem Gange nicht mehr zurückgekehrt. Es wird vermutet, daß er einem Unglück oder einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

Wehrden. Durch Starkstrom getötet wurde der Hüttenarbeiter Gail von hier. Während er mit Reparaturarbeiten an einem Kran beschäftigt war, stand die Leitung plötzlich unter 400 Volt starkem Strom, wodurch G. getötet wurde. — Im Verlaufe eines Wirtshausstreites wurde der 22 Jahre alte Hüttenarbeiter Baptist Kraut von dem 23 Jahre alten Bergmann Georg Wittmer mit einem Taschmesser niedergestochen. Der Messerlump wurde verhaftet.

Bödingen. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag traf ein Landjäger im Lauterbacher Wald eine Schmugglergesellschaft, die im Begriffe war, einen ganzen Wagen voll Lebensmittel und Samen über die Grenze zu schaffen. Beim Anhalten des Wagens kam es zum Handgemenge, in dessen Verlauf der Beamte, der erhebliche Kratzwunden im Gesicht davontrug, von seiner Schußwaffe Gebrauch machte. Hierbei wurde einer der Schmuggler erschossen; ein zweiter, der sofort die Flucht ergriff, soll erhebliche Schußverletzungen davongetragen haben.

Werbeln. Drillinge wurden heute morgen den Eheleuten Bergmann Nikolaus Zwer geboren (1 Junge und 2 Mädchen). Mutter und Kinder erfreuen sich bester Gesundheit.

Reimsbach. Infolge unvorsichtigen Hantierens mit einem Revolver erschöpfte sich der jugendliche Bergmann Alois Krämer. Er wurde am 11. 3. unter sehr starker Anteilnahme der Bevölkerung zu Grabe getragen.

Dudweiler. Spurlos verschwunden ist seit dem 1. März der Grubenschlosser Peter Arnold von hier. Er begab sich nachmittags nach Saarbrücken, wo er sich bis nachts 12 Uhr in einer Wirtschaft am Neumarkt aufhielt. Seitdem ist er verschwunden. A. hatte 5000 M. in seinem Besitz. — Frä. Barbara Sonnenhalter legte vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer Saarbrücken ihre Meisterinnenprüfung im Damenschneiderinnenhandwerk ab.

Sulzbach. Bei Schweinen, die infolge des Schweinemangels aus Jugoslawien eingeführt worden waren, ist die Trichinose festgestellt worden. Auch Orte in der Saarpfalz hatten Schweine aus Jugoslawien eingeführt.

Altenwald. Das Nibelingsche Haus wurde auf dem Wege der Versteigerung für 424 000 M. von der hiesigen Spar- und Darlehnskasse erworben worden.

Sebach. Die Jagd Niederlaubach in Größe von 500 Hektar mit über 100 Hektar Wald erzielte bei der Neuverpachtung einen Preis von 27 000 Mark. Pächter ist Valentin Monier aus Saarbrücken; die Rümmlbacher Jagd, 400 Hektar mit ca. 40 Hektar Wald, ging zum Preise von 19 000 Mark in den Besitz von Franz Altmeyer in Greisbach über. Der frühere Pachtpreis betrug 660 bzw. 400 Mark.

Berschweiler bei Dirmingen. Seit Dezember vergangenen Jahres finden auf dem hiesigen Banne Schürfungen nach Eisen- und Kupfererzen statt, die mit Erfolg ihrem Abschluß entgegengehen. Die eingelegten Mutungen gehören dem Laboranten Bost aus Berschweiler.

Neunkirchen. Das dem Kaufmann Hans Riedel gehörige, in der Wellesweiler Straße 86 gelegene Wohnhaus mit Hinterbau ging durch Kauf in den Besitz der Wein- und Branntweinhandlung Gebrüder Potdevin (!) hier über. — Der Turn- und Sportverein beabsichtigt für seine im Weltkrieg gegfallenen Mitglieder eine Ehrentafel zu errichten und diese anlässlich des im Juni dieses Jahres stattfindenden 30-jährigen Stiftungsfestes zu enthüllen. — Der Hausfrauenverein hat es sich in diesem Winter zur Aufgabe gemacht, die Stellung der Frau und ihre Mitarbeit in der Gemeinde zur Bepredung zu bringen. — Nachmittags zwischen 12 und 2 Uhr wurde im Kaufhause Henoch ein Kassendiebstahl verübt. Vermißt wird ein Betrag von rund 17 000 M. Als Täter soll ein jüngerer Angestellter des Geschäfts in Frage kommen, der sich über Mittag in den Geschäftsräumen einschließen ließ.

Wellesweiler. Der Nachlaß des verstorbenen Landwirtes und Standesbeamten Jakob Hollinger erbrachte in der Versteigerung den Erlös von etwa 630 000 Mark. Das Wohnhaus mit Scheune und Stall erreichte allein den Betrag von 311 000 Mark und ging an den Neffen, Adam Hollinger, Bergmann, über. — Der Hüttenarbeiter Friedrich Bedhauser hat das Wohnhaus des nach Mannheim verzogenen Bergmannes Gustav Meng auf dem Mühlenberg um den Kaufpreis von 142 000 Mark erworben. Der Verkäufer hat sich in Mannheim ein Geschäftshaus gekauft.

Elversberg. Eine Erweiterung des hiesigen Friedhofes wird zur Notwendigkeit. Der Friedhof gehört der Gemeinde Elversberg, und von seiner Fläche sind den Evangelischen und Katholiken Teile zur Benutzung zugewiesen. Auf dem Elversberger Friedhofe ruhen neun Soldaten aus dem Feldzuge 1870/71. Es sind vier Deutsche und fünf Franzosen, die in der Schlacht bei Spichern am 6. August 1870 verwundet wurden, dann in das Reservelazarett nach Grube Heinitz kamen und in diesem an ihren Verwundungen gestorben sind. — Eine Gedenktafel zum Gedächtnisse der in der evangelischen Pfarrei Elversberg im Kriege 1914–18 gefallenen Kriegsteilnehmer soll in der hiesigen evangelischen Kirche angebracht werden. — Vor einigen Monaten wurde eine Frau Klein (der richtige Name ist Maier geb. Stiwitz) unter dem Verdachte des Kindesmordes verhaftet, die bei der Vernehmung die Tat auch schließlich eingestanden hatte. Das daraufhin eingeleitete Strafverfahren ist durch einen Beschluß

des Landgerichts Saarbrücken aber wieder eingestellt worden, da sich inzwischen ergeben hat, daß das angeblich ermordete Kind noch am Leben ist und die Selbstbezüglichung der Angeschuldigten auf Erfindung beruhte. Die Frau wurde darauf wieder aus der Haft entlassen.

Lautenbach. Die Errichtung eines Denkmals für die 30 im Weltkrieg gefallenen Lautenbacher Vaterlandsverteidiger ist im Gemeinderate beschlossen worden. Das Denkmal wird in der Mitte des Ortes gegenüber der Wirtschaft Scherer aufgestellt werden und soll rd. 20 000 Mark kosten. Die Enthüllung ist bereits für 16. Juli d. J. vorgesehen.

Dirmingen. Der 11jährige Graus nahm eine auf dem Tisch liegende Armeepistole und legte, in der Meinung, sie sei ungeladen, auf seinen Bruder, den 25 Jahre alten Bergmann A. Graus an. Ein Schuß trachte und der Getroffene sank lebensgefährlich verletzt zu Boden.

St. Wendel. Das in der hiesigen Bahnhofstraße gelegene Anwesen des Konditors und Wirts Schmitt ging durch Kauf zum Preise von 530 000 M. in den Besitz der Gersweiler Bank, die im Hause bereits eine Filiale hat, über. Der bisherige Eigentümer hatte das Anwesen im Jahre 1919 zum Preise von 47 000 Mark von einem pensionierten Bergmann erworben. — Das freiwillig versteigerte Haus von Ernst Schulte zu Breiten ist zum Preise von 270 000 Mark an den Bergmann Wagner übergegangen.

St. Ingbert. Eine starke Bautätigkeit soll in diesem Jahre hier einsetzen, um die schlimmste Wohnungsnot zu beseitigen. Neben 70—80 Privaten, die ohne Zuschuß bauen werden, will auch die gemeinnützige Baugenossenschaft ihr Bauprogramm ausführen und über 100 Wohnungen erstellen. Die Arbeiten werden sich jedoch wahrscheinlich durch das Fehlen von Bauhandwerkern verzögern. — Das Hemmerlingsche Anwesen in der Josephstaler Straße ist zum Preise von 115 000 Mark an den Stadtrat Rees übergegangen. — Das Klingische Anwesen (Drogerie Thome) ist um die Summe von 450 000 Mark an Kaufmann Fuhrmann übergegangen. — Die Bibliothek des Volksbildungsvereins St. Ingbert enthält jetzt schon Werke der Alten so wohl wie der Neueren. — Die Handarbeitsausstellung bei den katholischen Schulschwestern (Meß) hatte einen guten Besuch zu verzeichnen. Es wurden prachtvolle Arbeiten ausgestellt. — Der Gaspreis beträgt hier 8,50 M. je Kubikmeter. Demgegenüber wurden gezahlt: im Januar in Frankfurt 2,23 M., in Danzig 2,80 M., Dresden 2,20 M., Köln 2,80 M., Nürnberg 2,25 M., Stettin 3 M.; im Februar in Griesheim bei Frankfurt 2,90 M., in Bielefeld 2,90 M., in Kiel 2,63 M., in Mannheim 2,90 M., in Hilden i. W. 3,20 M. — Die Frau des Präsidenten Rault besuchte das hiesige Krankenhaus.

Homburg. Einem Feuer zum Opfer gefallen ist das Sägewerk der Gebrüder Heink. Das ganze Werk wurde ein Raub der Flammen, nur das Maschinenhaus konnte gerettet werden. Der Brandschaden wird mit 1 500 000 Mark angegeben. Eine Versicherung soll noch nicht abgeschlossen sein. Es soll Brandstiftung vorliegen. — Das in der Eisenbahnstraße stehende Haus des kürzlich verstorbenen Rappenmachers Eugen Haft ging zum Preise von 368 000 Mark an den Fahrradhändler Karl Bach, hier, über. Die Wirtschaft zum Storch neben der Pfälzischen Bank wurde von Herrn Metzgermeister Roland um 505 000 Mark versteigert. — Das in der Eisenbahnstraße gelegene, dem Restaurateur Baßow in Zweibrücken gehörige Geschäftshaus ging zum Preise von 210 000 Mark in den Besitz des Schuhhändlers Leo Hirsch über. — In einer Bürgermeisterei der Saarpfalz hat sich der Fall ereignet, daß der Bürgermeister als Standesbeamter die Vornahme einer Eheschließung davon abhängig gemacht hat, daß die Brautleute eine von ihnen entgegen der Wohnungsverordnung bezogene Wohnung räumen. — Ein „Ingenieur“-Anwärter Komthier schickte dieser Tage einen Arbeiter der Stummischen Werke zu dem Procuristen Seeger mit einem expresserischen Brief, worin Seeger aufgefordert wurde, an den Arbeiter sofort 20 000 Mark zu zahlen, widrigenfalls er Anzeige bei der Zollbehörde wegen Verschlebung von Roh Eisen mache. Der Procurist übergab den Brief der Gendarmerie. Nun sitzen Komthier und der fragliche Arbeiter hinter Schloß und Riegel. Beide haben ein Geständnis abgelegt. — In der „Homburger Zeitung“ ist folgendes charakteristisches Inserat zu lesen: Dienstmädchen oder Stundenmädchen bei hohem Lohn und freiem Eintritt ins Kino sofort gesucht. Frau Eisenbahninspektor J. in Mittelbergbach.

Bliestal. In einer Bürgerversammlung wurde die Aufnahme eines Anlehens von 500 000 Mark zum Zwecke des Ausbaues der von der Stadt erworbenen Synagoge zu 4 Wohnungen, sowie Erweiterung des Friedhofes genehmigt. Der Ausbau der Synagoge ist zu 300 000 Mark, die Erweiterung des Friedhofes zu 200 000 Mark veranschlagt. — Die evangelische Kirchengemeinde will ihre während des Krieges abgelieferten Glocken wieder beschaffen. Der Kirchenbauverein hat es übernommen, einen Fonds zur Glockenbeschaffung zu sammeln und hat bereits 15 000 Mark zusammengebracht.

Schule und Kirche.

Prälat Göbel in St. Ingbert ist nach 15jähriger segensreicher Tätigkeit von hier geschieden, um nach Würzburg im bayerischen Regierungsbezirk Schwaben überzusiedeln. Zum Abschied versammelte sich eine große Freundesgemeinde, die ihm durch die verschiedenen Vertreter den Dank zum Ausdruck brachte für sein erfolgreiches Wirken. Die Ausführungen der einzelnen Redner bezeugten, daß sein treubeforgtes Wirken ihm Liebe, Verehrung und Achtung weit über den Kreis der katholischen Gemeinde hinaus eingetragen hat. — Pfarrer Risch in St. Ingbert wurde zum Pfarrherrn der Pfarrgemeinde Feilbingert bei Obermoschel gewählt.

Die protestantische Gemeinde St. Ingbert ist jetzt auf 4000 Seelen angewachsen. 1913 zählte sie 3160 Seelen. Die Zahl der Katholiken betrug damals 13 050, wozu noch 41 von der Schneidemühle, 120 in Reichenbrunn und 84 in Sengscheid zu zählen waren. In den beiden letztgenannten Orten ist kein Protestant wohnhaft.

Die Glockenweihe der drei neuen Bronzeglocken für die katholische Pfarrkirche Frauautern fand am 19. März statt. Die Weihe vollzog unter äußerst starker Teilnahme der katholischen Bevölkerung Prälat Subtil-Saarlouis.

Schülerwerkstätten. In den 13 Schülerwerkstätten der Neunkirchener Volksschulen werden zurzeit 262 schulpflichtige und 4 schulentlassene Kinder beschäftigt. Es sind Werkstätten für Schreiner-, Schnitz-, Laubsäge- und Stuhlschreinerarbeiten sowie für Schlosser- und Schmiedearbeiten eingerichtet.

Umgestaltung höherer Mädchenschulen. Infolge der für das Neunkirchener Lyzeum geplanten Schulreform werden die Klassen 7a und 7b zu Ostern dieses Jahres wahrscheinlich wegfallen. Dafür wird aber dann eine, unter Umständen zwei Anfängerklassen eingerichtet werden für diejenigen Mädchen, die nach 4jährigem Besuch der Volksschule sich für die Aufnahme ins Lyzeum melden. — Die 1. Klasse der Viktoria-Schule in Böllingen soll ab Ostern aufgebaut werden. Die Anstalt wird dann in der Lage sein, allen ihren Schülerinnen die Berechtigungen zu verleihen, die von dem erfolgreichen Besuche abhängig sind.

Das Progymnasium in Homburg soll in das Gebäude des jetzigen Distriktskrankenhauses verlegt werden, das infolge der Errichtung des Landeskrankenhauses in den Gebäuden der bisherigen Heil- und Pflegeanstalt überflüssig wurde. — Beim Direktorium haben sich 71 Volksschüler zur Aufnahme in die Anstalt angemeldet.

Abschlußprüfungen. Vom Reform-Realgymnasium Saarbrücken 2 bestanden sämtliche Prüflinge die Abiturientenprüfung. Auch die Abiturienten des Realgymnasiums in Sulzbach bestanden sämtlich bis auf einen, der nach dem „Schriftlichen“ zurückgetreten war. Von den Prüflingen des Neunkirchener Realgymnasiums bestanden alle bis auf zwei.

Die Frage des ungeteilten Unterrichts soll in St. Ingbert durch Rundfrage bei den Eltern geklärt werden, nachdem die Abstimmung der gesamten Schulpflegschaft Stimmengleichheit ergeben hatte.

Ein Schulkreuz brach in Websweiler bei Höchen aus, weil die Saarregierung auf die dortige Schulkstelle einen katholischen Lehrer berufen hat, was noch nie der Fall war. Websweiler zählt 102 Protestanten und 65 Katholiken.

Personalnachrichten.

Otto Kopelle †. Ein alter hochgeachteter Mitbürger Saarbrückens, Rechnungsrat Bergwerkdirektionssekretär a. D. Otto Kopelle ist nach kurzem Krankenlager im Alter von 73 Jahren gestorben. Die Nachricht von dem Hinscheiden dieses lebenswürdigen und bescheidenen Mannes wird überall dort innige Anteilnahme hervorrufen, wo man seine hervorragenden Charaktereigenschaften zu schätzen wußte. Kopelle kam zum ersten Male am 6. August 1870 mit dem Hohenzollernschen Füsilier-Regiment Nr. 40 nach Saarbrücken, in dessen Reihen er an der Erstürmung des Epicherer Berges teilnahm. Für die bewiesene Tapferkeit in der Schlacht wurde er mit dem Eisernen Kreuze ausgezeichnet. Mit Freude und Stolz hat der alte Kämpfer in späteren Jahren von diesem Tage seines Lebens gesprochen. Nach dem Feldzuge machte sich Kopelle in Saarbrücken anständig.

Von der Eisenbahn. Versetzt wurden: Weichensteller 1. Klasse Stoffel vom Rangierbahnhof zur Bahnmeisterei 5 Saarbrücken, Weichensteller-Anwärter Biehl von Brimsweiler nach Bettingen, Berweiler von Bettingen nach Brimsweiler, Eisenbahn-Gehilfen-Anwärter Stein von Bahnhof nach Dillingen, Magazinaufseher Sommer von Saarbrücken nach Burbach zum Werkstättenamt und Krebs von Burbach nach Saarbrücken (Bau für elektr. Anlagen). Zum Eisenbahn-Ingenieur befördert wurde der Oberbahnmeister Paul Rebmann bei der Bahnmeisterei St. Ingbert.

Aus den Gemeindeverwaltungen. Der Beigeordnete Connette in St. Wendel wurde zum Komm. Bürgermeister der Landbürgermeisterei Namborn ernannt. Zum Rentmeister für Spichen-Elversberg wurde der seitherige, allseitig beliebte und geschätzte Leiter der Gemeindefasse Spichen, Oberbuchhalter Klier gewählt.

Kirchliche Personalien. Es erhielten Anweisung: am 8. März der Kaplan zu Wadrill, Joseph Stein, als Kaplan zu Saarlouis-Roden, am 10. März der Kaplan zu Mayen, Wilh. Wein, als Pfarrer an St. Vinzenz in Neunkirchen (Saar).

Berufsjubiläen. Sein goldenes Berufsjubiläum als Angestellter der Drahtseilfabrik Georg Hebel feierte dieser Tage Herr Joh. Reitz aus Saarbrücken 3, Fichtestraße. Der Jubilar steht im 70. Lebensjahre und erfreut sich noch besonderer geistiger und körperlicher Frische. — Zehn Arbeiter, die vor 50 Jahren in das St. Ingberter Eisenwerk eintraten und diesem ihre Kräfte bis heute ununterbrochen liehen, feierten ihr goldenes Arbeitsjubiläum. Direktor Roger sprach den Jubilaren namens des Werkes seine Anerkennung und seinen Dank aus für ihre treue Dienstleistung in dem abgelaufenen halben Jahrhundert. Die Namen der Arbeitsveteranen sind: Jakob Emrich, Georg Hussong (Kirkel), Jakob Kurz, Peter Knobloch, Jakob Lemberg, Peter Quirin (Kentrish), Peter Schuhmacher (Kentrish), Peter Josef Straub, Nikolaus Stief und Peter Walle. Mit Ueberreichung von goldenen Uhren und einem Frühstück schloß die Feier. — An 32 Arbeiter mit einer 25-jährigen Dienstzeit wurden Geldspenden ausgezahlt.

Das Fest der goldenen Hochzeit beging kürzlich das Ehepaar Kettler in Merzig. Im Namen der Stadt überbrachte Bürgermeister Scheuren dem Jubelpaar deren Glückwünsche und ein entsprechendes Geldgeschenk.

Todesfälle: Frau Ernst Hebel, Emma, geb. Hahne, 49 Jahre; Bergwerksdirektionssekretär a. D. Rechnungsrat Otto Koppke, 73 Jahre; pens. Lokomotivführer Philipp Leonhard, 73 Jahre; Jakob Hahn; Zugführer August Steinmeier, 39 Jahre; Heinrich Hartfuh, 43 Jahre; Horst Greef, 10 Jahre; Schreiner Christian Ruchs, 52 Jahre; Max Richter; Frau Wwe. Josefine Barth; Elisabeth Moll, 47 Jahre; Johann Rint, 80 Jahre; Frau Matthias Simon, geb. Helena Klepper, 35 Jahre; Frau Wwe. Johann Lauer, Margareta, geb. Hanf, 75 Jahre; Frau Wwe. Jakob Kern, Katharina, geb. Rüchel, 64 Jahre; Frau Lina Albert, geb. Aron, 42 Jahre; Franz Gangloff, 87 Jahre; Frau Julius Albert; Frau Lottchen Wurf, geb. Specht, 62½ Jahre; Straßenbahnschaffner Johannes Bliede, 42 Jahre; Frau Hermine Langer, geb. Lorenz, 70 Jahre; Fräulein Johanna Zeiger, 20 Jahre; Frau Ferdinand Hold, Wilhelmine geb. Weber, 58½ Jahre; Christian Stegmaier; Frau Wwe. Matthias Gansen, Karoline, geb. Brüller, 75 Jahre; Frau Charlotte Georges, geb. Bell, 45 Jahre; Frau Maria Kühner, geb. Feldmann, 48 Jahre, sämtlich in Saarbrücken. — Gretel Goh, geb. Röder, 31 Jahre, Herrenlohr. — Emma Huppert, 20 Jahre, und Peter Ruff, 63 Jahre, in Bübingen. — Frau August Maringer, Susanne, geb. Bier, 29 Jahre, in Ottenhausen. — Gastwirt Johann Hübnert, 50 Jahre; Peter Gutmann, 27 Jahre; Karl Gall, 32 Jahre, in Wehrden. — Wwe. Peter Kost, 79 Jahre, in Clarenthal. — Frau Elisabeth Cammisar, geb. Jungfleisch, 44 Jahre; Frau Wwe. Philipp Föllinger, geb. Kath. Kohler, 81 Jahre, beide in Böllingen. — Johann Dine, 66 Jahre, in Ueberherrn. — Frau Wwe. Theodor Seiler, Gertrud, geb. Schmidt, 80 Jahre, Merzig. — 1. Bürgermeistersekretär Georg Becker, 32 Jahre, in Saarlouis. — Klempnermeister Nikolaus Caspar, 72 Jahre, in Wabern. — Fräulein Maria Becherer, in Saarlouis. — Frau Susanna Dimanche, geb. Groh, 60 Jahre, Wallerfangen. — Frau Nikolaus Becker, Jakobine, geborene Naacher, 65 Jahre, Guichenbach. — Frau Barbara Müller, geb. Schulz, 63 Jahre, in Schwalbach. — Joseph Hoffmann, 82 Jahre, in Altförweiler. — Fräulein Barbara Reisch, 81 Jahre, in Wemmetweiler. — Bernhard Faber, in Merchweiler. — Schlosser Clemens Dudenhöffer, 17½ Jahre; Frau Wwe. Conrad Gukler, geb. Albert, 73 Jahre; Frau Johann Peter Klos, Elisabeth, geb. Benz, 64 Jahre; Emma Weber, 15 Jahre; Frau Johanna Haas, geb. Leutich, 73 Jahre; Georg Stummhilla, 69 Jahre, sämtlich in Neunkirchen. — Christian Tschund, Geschäftsführer der Provinzial-Feuer-Vers.-Anst. d. Rh. in Ottweiler; Heinrich Terentius Ammann, 64 Jahre, Kaufmann und Wirt Louis Len, 56 Jahre; Frau Wwe. Margarethe Schönowolf, geb. Gehm, 62 Jahre; Witwe Katharine Philippi, geb. Dollinger, 92 Jahre; Hüttenmaurer Wilhelm Fischer, 68 Jahre, sämtlich in Ottweiler. — Frau Wwe. Jung, geb. Volz, in Wellesweiler. — Frau Barbara Gregorius, geb. Egler, 65 Jahre, in Urweiler. — Jakob Raber, 18½ Jahre, in Münchwies. — Karl August Schwent, 49 Jahre, Schneidermeister Joh. Paul Walter, 74 Jahre; Friedrich Bender, 61 Jahre, sämtlich in Homburg. — Ludwig Ren, 23 Jahre, in Kirkel. — Albert Buhel in Neuhäusel. — Frau Marie Merkel, 56 Jahre, in Frankenholz.

Aus den Gemeinde- und Kreis-Verwaltungen.

Die Stadtratswahlen in Neunkirchen.

Durch die Stadtverordnung Neunkirchens machte sich für die neue Stadtgemeinde die Wahl eines neuen Stadtparlaments erforderlich. Die Wahl hatte insofern noch eine besondere Bedeutung, als sie zum ersten Male nach den Bestimmungen über die neugeschaffenen „Saareinwohner“ erfolgte, d. h. also, daß alle Ausländer, die 6 Monate im Saargebiet ansässig waren, zu der deutschen Stadtvertretung wählen durften. In Erscheinung getreten sind diese Herren anscheinend bei dieser Wahl nicht. Die Stadt Neunkirchen ist in sechs selbständige Wahlbezirke geteilt worden, und zwar Hauptort Neunkirchen mit 27 Stadtverordneten, Stadtteil Heinitz-Dechen mit 2 Stadtverordneten, Sinnerthal-Schlauerie mit 2 Stadtverordneten, Nieder-Neunkirchen mit 5 Stadtverordneten, Rohlfhof mit 1 Stadtverordneten, Wellesweiler mit 5 Stadtverordneten, zusammen 42 Stadtverordneten. Acht Wahlvorschläge waren eingegangen: vom Zentrum, den Mehrheitssozialisten, Kommunisten, Demokraten, der Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung, Bürgerpartei und einer parteilosen Vereinigung. Die Wahl fand am 19. März statt. Bei dem äußerst komplizierten Wahlsystem bedurfte es zur Feststellung des Wahlergebnisses längerer Zeit. Soweit sich bisher übersehen läßt, wurden gewählt:

Zentrum	17
MSF.	9
Kommunisten	4
Demokraten	5
Volkspartei	2
Wirtschaftliche Vereinigung	2
Bürgerpartei	2
Parteilos	1
	42

Die Wahlbeteiligung betrug nur rund 60 Prozent; das Ergebnis bedeutet eine Niederlage der Sozialdemokraten, während vor allem das Zentrum wesentlich an Mandaten gewann.

Erweiterung des St. Johanner Rathauses. Der Stadtverordnetenversammlung lag ein Antrag der Verwaltung für einen Erweiterungsbau am Rathaus von St. Johann vor. Außer den bereits im Haushaltsplan für 1921 eingelegten zwei Millionen Mark wurde ein weiterer Betrag von 3,5 Millionen bewilligt. In der Baukommission soll über die Ausführung des Erweiterungsbau in seinen Einzelheiten noch verhandelt werden. Ein weiteres Millionenprojekt, den Umbau der Kaiser-Wilhelm-Brücke betreffend, fand ebenfalls die Zustimmung der Stadtverordneten. Die für den Brückenumbau erforderlichen Mittel in Höhe von 5,5 Millionen Mark sollen im Haushaltsplan für 1922 zur Verfügung gestellt werden.

Eine neue Saarbrücker Stadtanleihe. Die Stadt Saarbrücken plant die Aufnahme einer 20-Millionen-Anleihe durch Ausgabe von Schuldverschreibungen. Diese Schuldverschreibungen sind jährlich mit 4 bis 4½ Prozent zu verzinsen. Die Mittel werden u. a. wie folgt verwendet: für die Erweiterung der städtischen Betriebswerke (3. Rate mit 10 Millionen M.), Rathausenerweiterungsbau (2. Rate mit 2 Millionen M.), für die Erweiterung des Schlachthofes (2 Millionen M.), für die Vergrößerung der Friedhöfe über 2 Millionen M.

Eine Gemeindesteuer auf den Betrieb von Geldwechselgeschäften will die Stadt Saarbrücken einführen. Eine entsprechende Vorlage ist bereits ausgearbeitet; sie lehnt sich an eine Verordnung der Regierungskommission vom 15. März d. Js. an. Steuerpflichtig sind sämtliche im Bezirk der Stadt Saarbrücken gelegenen Unternehmungen, die gewerbsmäßig Devisen- (Geldwechsel-) Geschäfte als Haupt- oder Nebenbetriebszweig betreiben. Der vollen Steuer unterliegt auch jede im Bezirk der Stadt Saarbrücken betriebene Zweigstelle, welche die bezeichneten Wechselgeschäfte betreibt ohne Rücksicht auf die Person des Inhabers. Der Jahresbetrag der Steuer beträgt für jeder der Unternehmen 8000 Franken, die in vierteljährlichen Teilbeträgen im voraus zu bezahlen sind. Die neue Steuerordnung tritt mit dem 1. April d. Js. in Kraft.

Blieskastel ohne Stadtrat. Die Stadträte von Blieskastel haben geschlossen ihre Mandate niedergelegt, weil sie zu dem Bürgermeister Hegemann nicht das Vertrauen haben, daß die Beschlüsse in ihrem Sinne zur Ausführung kommen. Adjunkt Brill ist daher vom Bezirksamt beauftragt worden, innerhalb drei Tagen unter seinem Vorsitz eine Stadtratsitzung anzuberaumen und die Ausführung der Beschlüsse zu überwachen. In den nächsten Tagen findet die Ausschreibung der Wahl statt.

Mittelbergbach beschließt den Steuerstreik. Eine Bürgerversammlung in Mittelbergbach beschloß, künftig keine Steuern mehr abzuliefern, solange Herr Weiler noch immer im Amte ist. Eine Deputation von 4 Mann setzte die Saarregierung von diesem Beschlusse der Bürger in Kenntnis.

In der Disziplinarsache des Herrn Beigeordneten Ludwig in Merzig tagte der oberste Gerichtshof als Berufungsinstanz in Saarlouis. Es war ein zahlreicher Zeugenapparat aufgebaut, die Verhandlung dauerte den ganzen Tag. Sie endete unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils für Herrn Ludwig mit einem Verweis und Tragung der entstandenen Kosten.

Zurückgetretene Stadträte. Die Gemeindevertreter Klär (3tr.), Dedarm (Soz.), Zeig (Komm.) und Nukbaum (USP.) in Friedrichsthal haben ihre Mandate zum Gemeinderat niedergelegt. Die Gemeindevertretung besteht somit zurzeit nur aus 26 Vertretern.

Sport.

Waldlauf der Turner. Am Sonntag, dem 19. März, veranstalteten die Turnvereine des Saar-Bliessgates ihren ersten Waldlauf. Die Vereine hatten elf Mannschaften mit 79 ihrer besten Läufer entsandt. Die zu durchlaufende Strecke, die am St. Johanner Waldhaus begann, betrug ungefähr 5 Kilometer. Den besten Mannschaftslauf lieferte die St. Johanner Turnerschaft mit 33 Punkten, es folgten Allgemeiner Turnverein Dudweiler mit 44, Turnverein Saarbrücken von 1848 mit 56 und Turnverein Burbach mit 75 Punkten. Im Einzellauf wurde erster Mathes (Allgem. T.-B. Dudweiler) in 16,45 Min., zweiter Montag (T.-B. Saarbrücken von 1848), dritter Rörtershäuser (St. Johanner Turnerschaft), vierter Ring (Allgem. T.-B. Dudweiler). Die Sieger wurden mit Eichenkranz und Ehrenurkunde ausgezeichnet.

Mathes Meister im süddeutschen Waldlauf. In Darmstadt wurde die süddeutsche Waldlaufmeisterschaft ausgetragen. Im Einzellauf siegte Mathes-Saarbrücken mit 120 Meter Vorsprung in 36 Min. 7 Sek. über Elzweiler-Spp. Wiesbaden, der 37:41 brauchte. Die Strecke betrug 10 Kilometer.

Der Saar-Bliessgau der Deutschen Turnerschaft wird zum diesjährigen Kreisturnfest des Mittelrheinkreises in Wschaffenburg eine überaus starke Vertretung entsenden. Ende voriger Woche lagen aus den Vereinen des Ganges bereits über 200 Meldungen zu den Wettkämpfen vor. Diese starke Beteiligung ist ein neuer Beweis für den Aufschwung des Turnens an der Saar. Der Gau wird in Wschaffenburg mit seinen sämtlichen Wett-Turnern ein gemeinsames Turnen am Barren vorführen.

Die Saar-Fußballer in Karlsruhe siegreich. In Karlsruhe standen sich der Saarkreis und der Südwestkreis im friedlichen Kampfe gegenüber. Dabei brachte die Saar-Repräsentative einen 4:2-Sieg nach Hause. Der Saarkreis zeigte sich in allen Phasen des Spiels seinem Gegner überlegen. Bekannte Sportleute gaben die ehrende Kritik ab, daß der Sieg einwandfrei und verdient war. Dem Spiel wohnten 6000 Zuschauer bei.

Segelflüge in Saarbrücken. Dem erst vor einem Vierteljahre gegründeten Modell- und Segelflugsportverein in Saarbrücken ist es dank der opferwilligen und fleißigen Betätigung seiner Mitglieder gelungen, einen Gleiterdoppeldecker nach eigenen Entwürfen eines Mitgliedes zu bauen, der in den nächsten Tagen seiner Vervollendung entgegengeht. Der Verein beabsichtigt alsdann sofort mit Probeflügen auf dem bei dem Petersbergerhofe gelegenen Startplatz zu beginnen. Es ist dem Verein gelungen, hierzu Herrn Koller, einen unserer erfolgreichsten Röhnsflieger und Inhaber mehrerer Segelflugweltrekorde, zu gewinnen.

An unsere Postbezieher!

Ab 1. April 1922 kostet der „Saar-Freund“, wie mitgeteilt, im Vierteljahr 6,— M. Da eine Änderung in der Postzeitungsliste bis zum 1. April nicht ermöglicht werden konnte, ist bei Bestellung durch die Post der frühere Preis von 2,— M. vierteljährlich an dieselbe abzuführen, während wir die

Zusendung des Restbetrages von 4,— Mark

für das 2. Vierteljahr 1922, vom 1. April bis 30. Juni 1922,

unmittelbar an unsere Geschäftsstelle

(Berlin SW. 11, Königgräzer Straße 94)

höflichst erbitten. Der einfachste Weg ist Ueberweisung durch Zahlkarte an unser Postcheckkonto Nr. 66536, Berlin NW. 7.

Der Verlag des „Saar-Freund“.

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Arbeitsgemeinschaft für Rheinland und Saargebiet.

Der Reichsverband der Rheinländer und Bund „Saar-Verein“ und deren Geschäftsstellen haben nunmehr eine Arbeitsgemeinschaft auf Grund besonderer Vereinbarungen getroffen, die ein enges und gedeihliches Zusammenarbeiten für die Interessen des besetzten Rheinlandes und des abgetrennten Saargebiets in erhöhtem Maße gewährleistet. — Der Bund „Saar-Verein“, dem bis jetzt über 70 Ortsgruppen, Hunderte von körperschaftlichen Vereinen, Städte, Landkreise, Gemeinden und sonstige Verbände angehören, gewinnt infolge der aufklärerischen Tätigkeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ immer mehr an Ausdehnung. Nachdem erst kürzlich in Leipzig, Dresden, Königsberg, Braunschweig usw. Ortsgruppen gegründet worden sind, hat sich nunmehr auch in Goslar eine „Ortsgruppe Harz“ des Bundes „Saar-Verein“ gebildet, dem hauptsächlich früher im Saargebiet tätig gewesene Bergbeamte angehören.

Saar-Verein Kassel. Wegen Oberschlesien veranstalteten wir unsere März-Sitzung schon eine Woche früher. Eine Ansprache des stellvert. Vorstehers, Dr. Winterstein, gipfelte in der folgenden Entschlieung, die einhellig angenommen wurde:

„Am 20. März 1921, also vor Jahresfrist, wurde in Oberschlesien ein herrlicher deutscher Abstimmungs-Sieg errungen. Trotzdem haben unsere Feinde dieses schwer geprüfte Land schließlich doch zerrissen und den wertvollsten Teil dem verkommenen Polentum ausgeliefert. Nicht oft und nicht laut genug kann gegen diesen schändlichen Rechtsbruch Verwahrung eingelegt, er aufs schärfste verurteilt werden, gerade von uns Saarländern, in deren Gebiet nach 12 Jahren ebenfalls abgestimmt wird, ob es deutsch bleiben oder an Frankreich fallen soll. Die Vergewaltigung Oberschlesiens läßt auch für das Saargebiet das schlimmste befürchten. Nichts desto weniger wollen wir nicht vorzeitig verzweifeln, sondern weiter nach Kräften arbeiten, in der Hoffnung, daß es auch einmal anders kommen kann, daß die Franzosen an unserer urdeutschen Heimat — wie schon öfter im Laufe der Geschichte eine schwere Enttäuschung erleben werden. Am Saargebiet jedenfalls soll sich das Wort bewahrheiten: Recht muß doch Recht bleiben!“

Unsere nächste Monats-Sitzung findet wieder regelrecht am letzten Montag, also am 24. April statt, und zwar im „Nordischen Hof“, am Hauptbahnhof.

Ortsgruppe Barfinghausen und Umgegend. Am 18. März d. Js. fand im Kaiserhof zu Barfinghausen ein Werbeabend für das Saargebiet statt. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Bergobersekretär Behne, begrüßte die Erschienenen und wies auf den Hauptzweck des Saarvereins hin. Die Anwesenden wurden zu treuer fördernder Mitarbeit aufgefordert. Da es dem jungen Verein an den erforderlichen Geldmitteln fehlt, bat der Vorsitzende, einen Teil durch besondere Spende aufzubringen. Das Ergebnis der sofort vorgenommenen Sammlung ergab 800 M. Pflicht eines jeden Deutschen muß es sein, Mitglied des Bundes „Saar-Verein“ zu werden und mitzuhelfen, damit das deutsche Saargebiet, wenn das Schicksal aller übrigen Grenz- und Abstammungsgebiete entschieden ist, das Sorgenkind Mitdeutschlands wird. Der Gewerkschaftsleiter Ommert aus Berlin, hielt sodann einen Lichtbildervortrag über „Das Saargebiet in Wort und Bild“, der das größte Interesse der Zuhörer fand. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Zuhörer den Ausführungen des Redners, der an Hand der Geschichte des Saargebiets den Beweis lieferte, daß es sich hier um unverfälscht deutsches Land mit kerndeutscher Bevölkerung handelt. Der Redner schilderte dann die große Bedeutung der gesamten Saarindustrie, des Steinkohlenbergbaues, der Eisenhüttenindustrie usw. in eingehender Weise. Niemals dürfe dieses Land für Deutschland verloren gehen. In 70 wohl gelungenen farbigen Bildern führte Redner die Zuhörer durch das Saargebiet, um ihnen seine Schönheit und sein Wirtschaftsleben in anschaulicher Weise vorzuführen. Diese Veranstaltung wird hoffentlich für viele Teilnehmer Aufklärung darüber gebracht haben, weshalb es bitter not tut, daß im nichtbesetzten Deutschland das gesamte Interesse auf das Saargebiet gerichtet sein muß.

Der Bund „Saar-Verein“, Ortsgruppe Mengede und Umgebung, veranstaltete zugunsten der ausgewiesenen Saarländer am Samstag, den 4. März d. J., abends 7 Uhr, sein erstes diesjähriges Wohltätigkeitsfest mit gut gewähltem Programm im Saale der Festhalle Gölz.

Als Mitwirkende waren der Männer-Gesangverein 1916 Destrach unter Leitung des bekannten Dirigenten Herrn Sievers und die Kapelle Claus in starker Besetzung gewonnen worden. Nach erfolgter Einleitung der Musikstücke: „Deutschlands Waffenehre“ und des „Prinz-Eitel-Friedrich-Marsches“ begrüßte der 1. Vorsitzende, Wilhelm Lang, die Anwesenden. Die hierauf vom Männer-Gesangverein 1916 Destrach vorgebrachten Gesänge: „Zu Strassburg auf der langen Brüd“ und „Ein schelmisch' Kind vom Rhein“ riefen allgemeinen Beifall hervor. Der von Berlin anwesende Gauleiter der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteten, Dmmerl, führte uns das Saargebiet durch einen Lichtbildervortrag klar vor Augen und wies nach, daß das Saargebiet ein urdeutsches Land, in der äußersten Westecke des Reiches gelegen, ist. Der Lichtbildervortrag zeigte die landschaftlichen Schönheiten, historischen Stätten, Sehenswürdigkeiten, Naturwunder usw. und ließ es verstehen, wach' außerordentlich schweres Los diejenigen getroffen hat, die dieses herrliche Fleckchen Erde durch die Willkürherrschaft der Besatzungstruppen verlassen mußten. Im Geiste machten die Besucher eine mehrtägige Wanderung durch das schöne Saartal, um alle die Stätten zu besuchen, die Marksteine bedeuten in der Geschichte des Deutschtums an der Saar. In den Zwischenpausen des Vortrages wurde vom Männergesangverein 1916 Destrach „Das Heldengrab“ (im Gedächtnis der gefallenen Helden des Saargebiets) gesungen, außerdem „Sternennacht“, „Abendregen unter der Dorflinde“, „Ein kleines Mäheut“ und verschiedene andere. Von der Kapelle Claus hörten wir u. a. noch: „Grüß dich Gott, du schöner Wald“, „Distanzrittgalopp“, „Die Lustspiel-Ouverture“, „Unter dem Sternbanner“. Nach Beendigung des Lichtbildervortrages wies Herr Dmmerl-Berlin kurz darauf hin, daß es unbedingte Pflicht eines jeden abstimmungsberechtigten Saarländers ist, treu zum Vaterland zu halten.

Gründung einer Ortsgruppe Dresden und Sachsen des Bundes „Saar-Verein“. Am Sonntag, den 19. März, fand im Dresdener Künstlerhaufe eine auf Veranlassung des Bundes „Saar-Verein“ Berlin vom Bürgerausschuß für vaterländische Kundgebungen einberufene Kundgebung für das Saargebiet statt. Hauptredner waren Prof. Rühlmann und Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin, die die Bestrebungen der französischen Imperialisten und Militaristen am Rhein und an der Saar behandelten. Direktor Vogel wies an Hand geschichtlicher, wirtschaftlicher und kultureller Entwicklungen und Zusammenhänge den urdeutschen Charakter des Saargebiets und seiner Bevölkerung nach und kennzeichnete die Mächenschaften französischer Politiker, die auf eine Annexion des Saargebiets hinarbeiten. Verstöße auf Verstöße gegen die Saarbedenbestimmungen dokumentieren den Weg, den die Völkerbundskommission im Sinne und Auftrage Frankreichs bisher im Saargebiet gegangen ist. Die Folgen dieser Politik zeigten sich in einer immer mehr um sich greifenden Loslösung des Saargebiets vom deutschen Mutterlande und der damit verbundenen wirtschaftlichen Verelendung des Landes und seiner Bevölkerung. Die gefälschte Saarländeradresse, mit der in den Vorfriedensverhandlungen der französische Delegierte Clemenceau operiert habe, charakterisiert die Methoden, die im Saargebiet unter dem Namen des Völkerbundes auch heute noch zur Anwendung kommen. Die Versammlung nahm mit gesteigertem Interesse die Ausführungen des Saarländers Vogel zur Kenntnis und stimmte unter stürmischer Begeisterung folgender Entschließung zu:

„In der vom Bürgerausschuß für vaterländische Kundgebungen in Dresden im Künstlerhaufe heute veranstalteten Saarversammlung gedenken wir in der Hauptstadt Sachsens besonders nach dem Vortrag des Verwaltungsdirektors Vogel vom Bund „Saar-Verein“ Berlin über das Saargebiet der in Mut, Geduld und nationaler Zuversicht in überaus schwerer und bitterer Not aushaltenden urdeutschen Saarbevölkerung in aufrichtigem Stolz und in heißer Liebe! Heute und immerdar! Das Saargebiet ist deutsch und soll deutsch bleiben.“

Im Anschluß an die Versammlung gründete sich aus den zahlreichen erschienenen aus dem Saargebiet stammenden und dem Saargebiet nahestehenden Frauen und Männern eine Ortsgruppe des Bundes Saarverein für Dresden und Sachsen.

? Hast du den „Saar-Freund“ ?
bei deinen Freunden und Bekannten
empfohlen
? Tue es sofort! Vierteljahrspreis 6,— M. Tue es sofort!

Am 24. Februar 1922 entschlief zu Lannaenberg i./Rhld. sanft infolge Lungenentzündung unser Mitglied

Major d. R. a. D.

Johannes Colman

Ritter des Eisernen Kreuzes 1. Klasse
und anderer Orden.

Er hat dem Regiment 30 Jahre lang angehört. Wir verlieren in ihm einen unserer besten und treuesten Kameraden, einen in Krieg und Frieden in gleicher Weise bewährten Offizier und einen echt deutschen Mann von vornehmster und ritterlichster Gesinnung. Wir werden unseren lieben Colman nie vergessen.

Der Verein ehem. Offiziere des Alanen-Rgts.
Großherzog Friedrich von Baden (Rhein.) Nr. 7

Neben Du Mont,
Generalleutnant z. D.

Am 12. Februar 1922 verschied zu Hannover der

Rgl. preuß. General d. J. a. D.

von Bredow.

Als Mensch, Kamerad und Soldat gleich hochgeschätzt, hat er im Kriege von 1914—1916 seine 42. Inf. Div. von Lagarde bis Postawo mit ruhiger, sicherer Hand von Sieg zu Sieg geführt, bis sein Körper den Anstrengungen des Kriegsdienstes gegenüber versagte.

Alle seine Mitkämpfer aus großer Zeit werden mit mir diesen bewährten alten Kameraden das treueste Andenken über das Grab hinaus bewahren.

Im Namen des früheren XXI. Armeekorps

v. Hutier,
General d. J. a. D.

Saar-Verein, Ortsgruppe Dortmund

Unsere nächste

ordentliche Mitgliederversammlung

findet, wie bereits erwähnt,

am Sonntag, 9. April d. Js.,
nachmittags 5 Uhr,

im „Restaurant Westpark“ (an der Möllerbrücke)
statt

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über einen Antrag auf Verlegung des Beginns der monatlichen Versammlungen von 5 Uhr nachmittags auf 8 Uhr abends.
 2. Beschlußfassung über die Art des Weiterbezuges des „Saar-Freund“ und evtl. Erhöhung der Mitgliederbeiträge.
- Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung bitten wir unsere Mitglieder um zahlreiches Erscheinen. Der Vorstand.

Für die Schriftleitung verantwortlich: J. W. D. Jaensch, Charlottenburg.

Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11, Königgräßer Straße 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag G. m. b. H., Berlin SW. 11.